

O B E R R H E I N R A T

Plenarsitzung vom 10. Juni 2011

Straßburg, Maison de la Région

S I T Z U N G S P R O T O K O L L

1. Eröffnung der Sitzung und Genehmigung der Tagesordnung

Herr Philippe RICHERT :

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde, ich schlage vor, dass wir mit der Plenarsitzung des Oberrheinrats beginnen.

Ich möchte sehr freundschaftlich die neuen Mitglieder begrüßen, die zu unserem grenzüberschreitenden Arbeitsgremium hinzugekommen sind, zu einem Gremium, das wie man es so recht spürt, immer mehr an Bedeutung gewinnt.

Die Tatsache, dass sich angesehene Persönlichkeiten, welche die öffentlichen und politischen Behörden sowie die Gebietskörperschaften des Oberrheingebiets vertreten, an unseren Sitzungen teilnehmen, ist ein wirklich ständiger Beweis dafür.

Indem ich Sie alle einzeln begrüße, möchte ich hier einige neue Mitglieder ganz besonders willkommen heißen. Sie treten dem Oberrheinrat bei, aufgrund der Wahlen und einiger Veränderungen in den verschiedenen Gebietskörperschaften, auch in den Ländern.

Ich möchte mich also an diese neuen Mitglieder wenden, die mitunter bekannte Gesichter sind, weil sie hier schon zu anderen Anlässen anwesend waren und sie herzlich willkommen heißen, insbesondere hier an diesem Ort, an dem der Oberrheinrat gewöhnlich seine Sitzungen abhält.

So begrüße ich Frau Beate BOHLEN, Mitglied des Landtags Baden-Württemberg. Ich glaube, Sie ist nicht da.

Ich zitiere jetzt alle neuen Mitglieder, auch wenn sie nicht da sind, für den Fall, dass jemand sich hätte entschuldigen lassen und dann doch gekommen wäre.

Wir haben dann des Weiteren Herrn Joseph FREY, Mitglied des Landtags. Könnte er sich gegebenenfalls zeigen? Er ist da. Seien Sie willkommen, Herr FREY.

Herr Ernst KOPP, Mitglied des Landtags. Danke, dass sie anwesend sind.

Herr Dr. Patrick RAPP , der angekündigt hatte, dass er nicht kommen würde.

Herr Helmut RAU, der auch anwesend ist. Ich bin sehr erfreut, Sie in diesem Gremium zählen zu dürfen, lieber Helmut und somit noch enger mit Ihnen im Rahmen dieser grenzüberschreitenden Treffen arbeiten zu Können.

Frau Gabi ROLLAND, Mitglied des Landtags. Vielen Dank.

Herr Alexander SCHOCH, Mitglied des Landtags. Danke für Ihre Präsenz.

Herr Félix SCHREINER, Mitglied des Landtags.

Der Vorsitzende des Landtags, Herr Willi STÄCHELE. Es ist uns eine sehr große Ehre, Herr Vorsitzender, den neuen Landtagsvorsitzenden unter uns zu haben, nachdem wir Ihren Vorgänger so eine lange Zeit haben durften. Wir werden später die Gelegenheit nutzen, diesem, lieber Peter STRAUB, unsere Anerkennung zu erweisen. Ich werde am Ende dieser Sitzung all denjenigen danken, die auf so besondere und entschlossene Weise all die Jahre am Werdegang des Oberrheinrates mitgewirkt haben. Am Ende werde ich, wenn es mir möglich ist, noch darauf zurückkommen.

Herr Johannes STOBER, Mitglied des Landtags. Dankeschön.

Für Rheinland-Pfalz, Frau Ruth RATTER. Dankeschön.

Für die nordwestliche Schweiz, Herr Emmanuel MARTINOLI, Mitglied des Jura-Parlaments.

Herr Daniel MUNGER, Mitglied des Landrats Basel-Land. Er war bereits entschuldigt.

Für das Departement Bas-Rhin, Louis BECKER. Er ist nicht da.

Für das Departement Haut-Rhin, an der Seite des Vorsitzenden Charles BUTTNER, Herr Max DELMOND, Generalrat des Haut-Rhin und Bürgermeister von Folgensbourg. Er ist anwesend.

Herr Hubert MIEHE, Generalrat des Departements Oberrhein. Nicht anwesend.

Ich sollte jetzt eigentlich alle Neuankömmlinge begrüßt haben, wobei alle anderen ihre Mandate fortsetzen und weiterarbeiten.

Ich möchte mich ausdrücklich bei allen gewählten Vertretern für ihr Engagement in dieser Zusammenarbeit bedanken. Ihrem Wirken ist es zu verdanken, dass der Oberrheinrat heute

diese Stellung einnimmt und dass unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger seine wachsende Bedeutung anerkennen.

Ich wünsche mir selbstverständlich, dass die neuen Mitglieder sich voll und ganz einbeziehen können, um auch ihren gebührenden Platz sowohl im Oberrheinrat selbst, wie auch in seinen Kommissionen einnehmen können. Wir werden natürlich auch die Gelegenheit erhalten, ihnen eine Teilnahme an den Kommissionen anzubieten, damit diese neuen Mitglieder sich voll und ganz an den Arbeiten beteiligen können.

2. Genehmigung des Protokolls der Plenarsitzung vom 10. Dezember 2010

Herr RICHERT :

Ich möchte Ihnen jetzt vorschlagen, nach der Begrüßung der neuen Mitglieder und der Danksagung, dass wir nun zu Punkt Nr. 2, der Genehmigung des Protokolls der Plenarsitzung vom 10. Dezember 2010 übergehen.

Dieses Sitzungsprotokoll wurde mit den Unterlagen der jetzigen Sitzung zugeschickt worden. Ich möchte lediglich hinzufügen, dass es sich um eine vollständige Niederschrift handelt und dass mir bisher kein diesbezüglicher Änderungsantrag eingegangen ist.

Wenn es also keinen Antrag auf Änderung der Tagesordnung gibt, schlage ich vor, dass wir das Protokoll in der Form, wie sie vorliegt, genehmigen.

Es gibt keine Gegenstimmen. Das Protokoll ist somit angenommen.

3. Arbeiten der Kommissionen – Prüfung der Resolutionen. Vortragende: die Vorsitzenden der Kommissionen

Herr RICHERT:

Wir kommen zu Punkt 3 der Tagesordnung. Es handelt sich hier um einen wichtigen Punkt, da es um die Arbeiten der Kommissionen geht. Die neuen Mitglieder werden feststellen können, wie wichtig diese Tätigkeit ist und wie wichtig es ist, sich über die Arbeiten in den Kommissionen informiert zu halten. Wir legen viel Wert darauf, denn diese Arbeiten sind die Grundlage für unsere Resolutionen, die Grundlage unserer Stellungnahmen in den Plenarsitzungen des Oberrheinrates.

Wir müssen drei Resolutionen prüfen. Wir haben dann noch eine vierte zu erörtern, welche die Atomkraftwerke betrifft, da sie die Arbeiten von zwei Kommissionen, die sich getrennt mit diesem Punkt befasst haben, zusammenfasst.

Wir werden also zunächst drei Resolutionen untersuchen, die aus den Kommissionen „Kultur, Jugend und Bildung“ sowie „Landwirtschaft und Umwelt“ stammen. Dann möchte ich Ihnen mitteilen, dass die Kommission „Transport und Raumplanung“ keinen Resolutionsvorschlag vorgelegt hat, sondern ein Tagestreffen über das Thema der Planung veranlasst hat. Die Resolution über die Kernkraftwerke wurde im Gesamtbild des Oberrheingebiets betrachtet. Sie wird unter Punkt 4 erörtert. Es handelt sich um eine vom Vorstand vorgeschlagene Resolution, da zwei Kommissionen an dem Thema gearbeitet haben.

Ich werde nun dem Vorsitzenden der entsprechenden Kommissionen das Wort erteilen. Nachdem sie ihre Berichte erstattet haben, werden wir Gelegenheit haben, darüber zu debattieren und uns über die vorgestellten und formulierten Resolutionen auszusprechen.

Zunächst erteile ich Frau SCHLEICHER-ROTHMUND, der Vorsitzenden der Kommission „Kultur, Jugend, Ausbildung“ das Wort. Sie wird uns zwei dieser Resolution vorstellen.

Frau SCHLEICHER-ROTHMUND:

Sehr verehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,
ganz, ganz herzlichen Dank, dass ich jetzt hier einmal die Resolution und unsere Kommission erläutern darf. Wir haben Ihnen zwei Resolutionen vorgelegt. Wir haben am 11. April in Basel getagt und wir hatten als Schwerpunkt-Thema dieser Sitzung die Situation der Sinti und Roma am Oberrhein und haben uns dazu auch die Straßburger Erklärung des Europarates zur Situation der Roma vom 20. Oktober 2010 vorgenommen. Das war ein Beratungspunkt, der auf Anregung der Schweizer Delegation gekommen ist.

Wir haben den Schweizer Vorschlag gerne aufgenommen, haben aber auch gleich deutlich gemacht, dass wir die Kommission für Jugend, Kultur und Bildung sind und das Thema, das da angeregt worden ist, natürlich unter diesem Hauptaspekt betrachten wollen, wobei man klar sagen muss: Die Schweizer Kolleginnen und Kollegen haben gesagt, es gibt ein grenzüberschreitendes Sicherheitsproblem im Dreiländereck. Uns war es aber wichtig, dass wir deutlich gemacht haben, dass wir nicht irgendwo eine Polizei- oder Sicherheitskommission sind, sondern dass wir eben die Bildungskommission sind. Aber, ganz klar, es gibt keine Frage, Bildung ist ein wesentlicher Schlüssel für die Teilhabe an der Gesellschaft und wer an der Gesellschaft nicht ordentlich teilnehmen kann oder nicht vernünftig integriert ist, der ist natürlich auch sicherheitsgefährdeter.

Wir hatten eine sehr, sehr interessante Diskussion mit einigen interessanten Gesprächspartnern. Wir hatten von Schweizer Seiten Herrn Urs GLAUS da. Das ist der Generalsekretär der Stiftung der Fahrenden in der Schweiz, der uns eben auch zu der Schweizer Situation berichtet hat und wir hatten auch Herrn Dr. ÜBERWASSER dabei, der Mitglied des Oberrheinrates ist und auch Präsident der Regio-Kommission, die kurz zuvor in Bern eine Konferenz zur Situation der Fahrenden in der Schweiz gehabt hatte. Ebenfalls war da, von Rheinlandpfälzischer Seite, der Jacques DELFELD, der Vorsitzender der Sinti und Roma bei uns in Rheinland-Pfalz ist.

Wir hatten wirklich eine sehr fruchtbare Diskussion. Ich kann Ihnen sagen, es war sehr interessant für uns zu sehen, wie unterschiedlich die Thematik der Sinti und Roma in den einzelnen Ländern betrachtet wird. Wir haben zum Beispiel erfahren, dass es in der Schweiz üblich ist, dass die Regionalplanung auch sich damit beschäftigt, dass für die Fahrenden entsprechende Plätze vorhanden sein müssen. Das ist etwas, das wir von deutscher Seite gar nicht so kannten; das war für uns eine sehr, sehr interessante Erfahrung. Man hat dann eben auch gesehen, dass die Bildung wirklich ein zentrales Problem ist. Das ist logisch. Wenn Kinder und Jugendliche Fahrende sind, auf Tour sind, wie will man sie dann in den Schulbetrieb miteinbinden? Und wir haben dann eben eine Resolution erarbeitet, die diese Diskussionspunkte aufgegriffen hat und ich möchte darauf hinweisen, dass im ersten Entwurf der Resolution einige Punkte noch nicht dabei waren, die dann aber von der Schweizer Delegation noch mal betont worden waren.

Die Schweizer Delegation hat uns noch mal gebeten, ganz explizit aufzunehmen, dass innerhalb der EU Diskriminierung von Roma in mehreren ihrer Mitgliedstaaten immer noch geschieht und dass im Dreiländereck eine nicht unerhebliche Kleinkriminalitätsproblematik besteht und dass es bis heute auf und neben Standplätzen zu sozialen Problemen durch Fahrende kommt. Diese Anregung haben wir dann in unsere Resolution aufgenommen ebenso, wie die Anregung des Vertreters der Stiftung zur Zukunft der Fahrenden, der uns auch noch mal darauf hingewiesen hat, dass die Notwendigkeit einer ausreichenden Zahl von Stand- und Durchgangplätze für die Fahrenden eine wesentliche Grundlage für die Kultur der Roma ist, dass wir das auch aufnehmen.

Dann haben wir – und das mag vielleicht seltsam klingen –, aber auch noch mal die Anregung der Schweizer aufgenommen, dass wir die geprüften Maßnahmen auch tatsächlich umsetzen. Das kommt einem jetzt vielleicht irgendwo, ja, seltsam vor, aber es ist, glaube ich, schon etwas voraus wir drängen müssen, wenn wir jetzt hier auch Resolutionen und Maßnahmen diskutieren, dass man das auch tatsächlich umsetzt.

Und ich würde ihnen jetzt gerne diese Resolution vorstellen; Sie alle haben sie vorliegen. Da haben wir ganz klar gesagt, dass wir es begrüßen,

„...dass sich der Europarat mit der Straßburger Erklärung von Oktober 2010 der Situation der Roma gewidmet hat; dass wir darauf hinweisen, dass es auch in der Oberrheinregion Defizite bei der sozialen und gesellschaftlichen Integration der Roma gibt und insbesondere darauf, dass die europaweit ungenügende Integration der Roma in der Oberrheinregion gilt,

und dass es grenzüberschreitend zu negativen Folgen kommt.

Wir haben die Regionen jetzt im Oberrhein, aufgefordert,

„...die Straßburger Erklärung zur Situation der Roma im Hinblick darauf zu prüfen, inwieweit die vorgeschlagenen Maßnahmen Handlungsinitiativen in den einzelnen Gebieten der Oberrheinregion aufzeigen“.

Und – das ist uns auch deutlich geworden – es gibt gute Beispiele und dass wir eben auch diese guten Beispiele uns gegenseitig vor Augen führen:

„ ...gute Praktiken bei der Behandlung, der als Folge der unzureichenden Integration auftretenden Fragen zu sammeln und nennt als Beispiele für solche Probleme das Auftreten sozialer Probleme auf und neben Standplätzen für Fahrende und das Entstehen der grenzüberschreitenden Kleinkriminalität zu betrachten“

Die Fragestellung der Best Practices: Das war also wirklich ein ganz, ganz wesentliches Thema, weil uns deutlich geworden ist. Die einzelnen Gebiete machen es unterschiedlich und wir können da von einander lernen.

Dann verweisen wir *„insbesondere darauf, dass Maßnahmen geprüft“* – und nun kommt dieser Zusatz: *„und umgesetzt werden sollten“.*

„... für eine Gewährleistung des gleichen Zugangs für Roma-Kinder zum Bildungssystem, einschließlich der Vorschule, und für die Schaffung von Bildungsangeboten, welche die

notwendige Akzeptanz finden, wie zum Beispiel Hausaufgabenbetreuung als Form der Unterrichtversorgung für Fahrende im Sommerhalbjahr“.

Das ist die eingangs von mir angesprochene Problematik. Die Fahrenden sind eben teilweise sesshaft und teilweise eben unterwegs und da muss man schauen, wie man es organisiert, dass die Bildung jederzeit gewährleisten kann.

„Für eine Gewährleistung des gleichen Zugangs der Roma zu Beschäftigung und beruflicher Bildung“ und

„...für die Förderung der Partizipation der Roma am sozialen, politischen und bürgerlichen Leben und der Teilnahme an Mechanismen der Entscheidungsfindung in Angelegenheiten, welche die Roma betreffen...“

Und nun kommt noch mal die Anregung aus der Schweiz:

„...einschließlich der Einrichtung einer ausreichenden Zahl von Stand- und Durchgangsplätzen für die Fahrenden, die eine der Grundlagen der Kultur der Roma sind.“

Und *„...für die Entwicklung und Verbesserung von Maßnahmen, welche die Kenntnis über Kultur, Geschichte und Sprache der Roma pflegen und die geeignet sind, ein teilweise noch negatives Bild zu korrigieren“*

Ich glaube die Offenheit sollten wir hier auch haben. Da gibt es auch teilweise Unkenntnisse und ein negatives Bild, das aus dieser Unkenntnis herrührt und deswegen es ist wichtig, dass wir uns auch dafür einsetzen, dass die Kenntnisse erweitert werden.

Und *„...die den Einsatz von Mediatoren vorsehen, wie vom Europarat vorgeschlagen“*

Diese Resolution richten wir nun, wie üblich an die bekannte Regierung und wir hoffen, dass es hier tatsächlich zu einer besseren Fokussierung auf die Problematik kommt. Ich kann persönlich sagen, wir waren der Schweizer Delegation sehr, sehr dankbar, dass sie das angeregt hat. Das war eine sehr, sehr interessante Diskussion und ich persönlich werde auch nochmal mit dem Vorsitzenden Jacques DELFELD die Diskussion weiterführen, weil er mich auch darum gebeten hat, weil er gesagt hat, er fände es sehr, sehr gut, dass wir uns auch von dieser Ebene aus dieser Thematik widmen.

So weit schon einmal zu dieser ersten Resolution.

Herr RICHERT :

Danke, Frau SCHLEICHER, für die Darstellung des Antrags und dafür, dass Sie uns die in der Kommission geleistete Arbeit ins Gedächtnis zurückgerufen haben. Es handelt sich um eine sehr konsequente, gut recherchierte und höchst zukunftsweisende Arbeit. Sie hat es zunächst schon einmal möglich gemacht, die derzeitige Lage zu umschreiben, aber auch einen Blick in die Zukunft zu werfen, in das, was für unsere verschiedenen Regionen im Oberrhein wünschenswert ist. Hinter dem Ausdruck dieses Antrags steht gewiss viel mehr als nur etwas Tinte auf dem Papier.

Dahinter steht nämlich ein äußerst klarer und bestimmter Wille, wie die Vorsitzende der Kommission es betont hat, in Bezug auf unser Bestreben, uns nicht mit dem Ist-Zustand und

der Beschreibung des bereits Vollbrachten abzufinden, sondern in der Tat einer Logik der Umsetzung des Gewünschten und Geforderten zu folgen.

Ich möchte mich in dieser Hinsicht bei allen Kommissionsmitgliedern bedanken und auch bei denjenigen, die ihr Wissen, ihren Sachverstand und ihre Gesichtspunkte in diese nun vollendeten Kommissionsarbeiten haben einfließen lassen.

Ich eröffne somit die Diskussion über dieses Thema. Das Wort hat Herr HOME.

Herr HOME:

Danke, Herr Präsident. Ich glaube in der Tat, dass es nicht darum geht, die in den Kommissionen geleistete Arbeit in Frage zu stellen, gerade bei einem Thema das uns alle betrifft und zwar die Frage der Integration der Roma-Bevölkerung im Oberrheinraum.

Dies sei vorweg geschickt. Betrachtet man nun den Text, so sollte man sich doch davor hüten, den nicht beabsichtigten Eindruck zu erwecken, es werde auf diese Bevölkerungsgruppe gezeigt oder sie würde gar stigmatisiert. Deshalb sind wir, die Sozialisten und Grünen im Elsässischen Regionalrat der Meinung, dass der Absatz 3.2 nach dem Wort „sammeln“ aufhören sollte, da die darauf folgenden Worte geeignet sind, das Gefühl hervorzurufen, man würde diese Bevölkerungsgruppen stigmatisieren. So etwas kann unserer Meinung nach nicht aufrechterhalten werden, wenn man bestrebt ist, diese Resolution mit einem Konsens bzw. einstimmig anzunehmen. Ich finde, das ginge dann am eigentlichen Ziel vorbei. Danke.

Herr RICHERT:

Könnten Sie die Stelle an der Sie die Änderung beantragen präzisieren?

Herr HOME:

Unter Punkt 3.2 der französischen Fassung:

„... gute Praktiken bei der Behandlung der als Folge der unzureichenden Integration auftretenden Fragen zu sammeln“.

Wir beantragen, dass man es dabei belässt, zumal die Formulierung allgemein genug gefasst ist, um alle Situationen zu erfassen.

Herr RICHERT:

Das Wort hat die Vorsitzende der Kommission.

Frau SCHLEICHER-ROTHMUND:

Ja, vielen Dank für die Anregung. Es war so, dass es im ersten Entwurf auch tatsächlich diese verkürzte Version war. Da aber die Schweizer Delegation die Anregung geliefert hatte, dies auch vor dem konkreten Hintergrund, dass es in dem Dreiländereck tatsächlich eine Kombination aus sozialen Problemen und einer gewissen Kleinkriminalität gibt, haben die Schweizer uns noch mal gebeten, das doch irgendwo zu sagen und wir haben uns sehr bemüht, eine Formulierung zu finden, die das Schweizer Anliegen – das konkrete Schweizer Anliegen und eben eine abgemilderte Sprache zusammenführen.

Herr Helmut HERSBERGER :

Also, von meiner Seite, danke für die Anregung, ich bin aber der Meinung, dass man Probleme, wenn man sie nicht anspricht, nicht besser löst, als wenn man sie anspricht und

dann aufnimmt. Und deshalb, vom Grundsatz her würde ich das gerne – und hoffe im Namen aller Kollegen aus der Schweizer Delegation zu sprechen – würde ich es gerne belassen. Wenn es konkrete Formulierung gäbe... ich habe keine gefunden, aber vielleicht kann man mir da helfen... , die irgendwie diskriminierend oder unlogisch wären. Dann sind wir selbstverständlich kompromissbereit den Text zu ändern.

Frau Ruth RATTER:

Ich hätte einen Textvorschlag. Sie haben alle die Vorlage. Ich lese es auf Deutsch.

Punkt 3.2: „... gute Praktiken bei der Behandlung der als Folge der bei Problemen der Integration auftretenden Fragen zu sammeln“ und nennt das Auftreten... Dass man im Grunde das Prinzip als Beispiel herübernimmt, also das „Probleme“ einfach vorzieht und statt dessen das Wort „unzureichend“ streicht. Ich wiederhole es, denn das war jetzt etwas verwirrend:

„gute Praktiken bei der Behandlung der als Folge der bei Problemen der Integration auftretenden Fragen zu sammeln“ und nennt „das Auftreten sozialer Probleme“ als Beispiel. Und nennt als Beispiel. Dann kann man „für solche Probleme“ weglassen.

Herr RICHERT:

Ich werde Herrn Antoine HOME in einem Augenblick zu Wort lassen. Ich glaube doch, dass es allen in der Kommission fern lag, irgendjemanden zu stigmatisieren. Die Dinge müssen klar sein. Den Mitgliedern, die sich an dieser Kommission beteiligt haben, ging es lediglich darum, ein wahres Problem als solches zu erkennen und zwar auf Antrag der schweizerischen Seite. Ein Problem, das uns auf allen drei Hoheitsgebieten Schwierigkeiten bereitet.

So, wie die Antwort darauf formuliert worden ist – dies nur zur Klarstellung und zur Vorbeugung von Missverständnissen – war nicht die Rede davon, irgend jemanden dadurch zu stigmatisieren. Die Frage ist allein, ob wir diese Probleme tatsächlich in den Vordergrund stellen um damit zu sagen, dass es sich um jene Probleme handelt, die wir angehen wollen oder, ob wir sie nicht erwähnen. Wenn wir sie nicht erwähnen, könnten wir den Eindruck erwecken, dass wir etwas zu verbergen haben, weil wir das Thema meiden. So könnten wir das Gefühl erwecken, dass wir nicht den Mut besitzen, die Probleme in Übereinstimmung mit der Wirklichkeit anzupacken, wie sie uns im Alltag bekannt ist. Das ist das, was Sie sagten, Herr HERSBERGER.

Hier geht es wirklich um die Art und Weise, wie diese Frage angegangen wird. Wollen wir ein Tuch über das Problem legen, um nicht peinlich zu berühren, um nicht den Eindruck zu erwecken, wir würden jemanden stigmatisieren oder nennen wir es beim Namen, wobei wir die Probleme lediglich erläutern, um unsere hervorgebrachten Lösungsansätze daneben stellen zu können.

Das ist jetzt die Problemstellung. Entweder, oder. Dazwischen gibt es nichts.

Herr HOME:

Wir haben keine Schwierigkeiten zu sagen, dass es Probleme mit der unzureichenden Integration der Rom-Bevölkerungsgruppen gibt. Auch nicht damit, dass das Problem vorallererst ein gesellschaftliches ist.

Wenn jedoch Fragen der Kleinkriminalität sowohl in der Schweiz, wie auch in Frankreich oder in Deutschland aufkommen, betreffen sie die Gesamtbevölkerung. Es liegt nicht in der republikanischen Tradition Frankreichs irgendeine Bevölkerungsgruppe zu stigmatisieren.

Die Sache vom Thema her zu betrachten ist noch nicht alles. Ich glaube, wir würden das Gegenteil von dem Eindruck erwecken, den wir wünschen. Deshalb sind wir mit dem ersten Vorschlag einverstanden, bei dem die unzureichende Integration und die gesellschaftlichen Probleme erwähnt wurden. Der letzte Teil der Aussage läuft, nach unserem Empfinden, dem angestrebten Ziel einer Konsensfindung zuwider.

Herr RICHERT:

Ich befinde mich in einer Situation, in der es mir nicht gelingt, die Standpunkte zusammenzuführen, da beide Positionen sich grundsätzlich gegenseitig ausschließen. Es ist somit schwierig, zu einer Synthese zu gelangen.

Das Wort hat Frau ECKERT.

Bitte, geben Sie immer ihren Namen an. Dadurch wird etwaigen Fehlern bei der Berichterstattung vorgebeugt.

Frau Christiane ECKERT:

Christiane ECKERT, beigeordnete Bürgermeisterin von Mühlhausen (Mulhouse). Ich melde mich hier zu Wort, weil die Stadt Mülhausen eine Städtepartnerschaft mit der Stadt Temeswar in Rumänien hat. Seit 15 Jahren arbeiten wir jetzt an dieser Angelegenheit, insbesondere am Fall der Roma.

Die Stadt Temeswar ist die größte Stadt im Westen Rumäniens. Sie wird auch mit dem Problem der Roma angesichts der Tatsache, dass in all diesen Jahren alle Roma, die nach Europa gelangen wollten, nach Temeswar zogen. Die Stadt hatte größte Schwierigkeiten die Roma-Bevölkerung, die von überall her ankam, um dann in die E.U. übersiedeln zu können, zu bewältigen. Ich darf Ihnen jedoch mitteilen, dass es sich um eine Angelegenheit handelt, an der wir sehr viel mit unseren rumänischen Kollegen gearbeitet haben.

Es ist allzu leicht gesagt, man sollte dies oder jenes tun. Wenn Sie sich in diese Materie vertiefen, stellen Sie fest, dass Sie bald überfordert sind und dass es keine Lösungen gibt.

Ich möchte auch die Aufmerksamkeit darauf lenken, dass die jeweilige Gesetzgebung in Deutschland, Frankreich und der Schweiz sich völlig unterschiedlich gestaltet bezüglich der Aufnahme dieser Bevölkerungsgruppen und auch die soziale Finanzierung je nach Staat sehr unterschiedlich ausfällt. Das ist ja auch der Grund, warum wir, hier, mit völlig unterschiedlichen Situation konfrontiert werden, als man sie in Frankreich oder in der Schweiz antreffen kann.

Wir müssen alle die Roma-Bevölkerung erdulden. Aber es geht heute nicht nur um die Roma-Bevölkerung. Wir sprechen zwar über diese Bevölkerung aber wir in Mühlhausen können dazu sagen, dass unsere derzeitigen Probleme eher mit der Bevölkerung in Zusammenhang stehen, die aus dem Kosovo oder woanders her kommt. Was die Roma-Bevölkerung an sich betrifft, so kennen wir die Probleme sehr wohl und wissen sie heute zu behandeln, auch wenn es nicht immer schön ist, die Straßenbettelei zu sehen und all die damit verbundenen

Probleme. Auf jeden Fall, was rein die Kriminalität oder Ähnliches angeht, stellt nicht unbedingt die Roma-Bevölkerung uns vor die größten Probleme.

Dessen muss man sich bewusst sein. Auf jeden Fall sage ich es ganz deutlich: Es ist all zu einfach zu behaupten, man habe Beschlüsse gefasst, wenn die drei Staaten sowieso keine Grundsatzentscheidung getroffen haben, um dieses Problem geschlossen anzugehen.

Herr RICHERT:

Das Wort hat Barbara SCHLEICHER.

Frau SCHLEICHER-ROTHMUND:

Also, ich denke, der letzte Beitrag hat noch mal deutlich gemacht, dass die Formulierung „*Kleinkriminalität*“ eine problematische ist und darüber hinaus, das Charakteristikum hat, dass man nicht sagen kann, Kleinkriminalität ist ein Sinti- und Roma-Problem. Kleinkriminalität gibt es ja auch in anderen Gruppierungen, Sie sind ja jetzt auf Kosovo-Angehörige angegangen.

Von da würde ich gern noch mal meinen Vorschlag von vorhin aufgreifen und sagen: lassen Sie uns den Satz beenden bei „*soziale Problemen auf und neben Standplätze für Fahrende*“ dann sind wir wieder an den Punkt angekommen, der auch der Ursprungsgedanke war, dass wir uns mit der Problematik von Sinti und Roma beschäftigen, die Fahrende sind. Von da her ist es vollkommen zutreffend, wenn wir über Fahrende und die Thematik Standplätze reden. Aber die Erweiterung der entstehenden grenzüberschreitenden Kleinkriminalität nehmen wir einfach heraus, weil es ein zu aufweitender Aspekt ist in dieser Resolution und unter Umständen eben auch als Stigmatisierung empfunden werden kann. Das wäre mein Vorschlag.

Herr Heinrich ÜBERWASSER:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte den Antrag der Kommissionspräsidenten sehr unterstützen, möchte aber gleichzeitig eine Lanze für die Kosovo-Albaner brechen, denn die Kosovo-Albaner sind ebenso wenig a priori Kleinkriminelle, wie es die Sinti und Roma. Da muss man ja auch schon aufpassen beim Begriff. Meine Damen und Herren, auch in Riehen, in diesem schönen Dorf mit der Fondation Beyeler gibt es Kleinkriminelle, die noch nie im Ausland gewesen sind. Es gibt sie überall. Und einfach damit wir das in das richtige Licht bringen.

Dieser Schweizer Vorschlag, der kam von einem Politiker, der bei der Grenzwaache aktiv ist. Und Menschen der Grenzwaache und der Polizei haben folgendes Problem bei uns: Es kommen Kinder, die Einbrüche verüben. Und die sind nicht strafrechtsmündig; und die haben keinen Pass dabei, auch keinen Mitgliedsausweis vom Fußballverein dabei, nix. Die sind nicht hier. Also hat man ein Problem bei der polizeilichen Arbeit. Jetzt muss man einfach aufpassen, dass man das nicht vermischt, dieses Problem der polizeilichen Arbeit mit einer schlimmen Vision, die darin besteht, dass man an der Grenze schaut: „Ah, das könnte ein Kosovo-Albaner sein, das könnte ein Sinti sein, das könnten jemand aus Riehen in der Schweiz sein: Die dürfen nicht herein“. Und da müssen wir gleich zu Beginn anfangen. Und deshalb unterstütze ich den Gedanken auch, der von französischer Seite gekommen ist.

Und ich möchte formal Sie bitten, den Vorschlag der Präsidenten zu übernehmen und gleichzeitig, wir möchten ja das umsetzen, —die Schweizer wollen immer etwas auch umsetzen, nicht nur vorschlagen – wenn wir die Antworten haben, dass wir dann in der

Kommission diese Vergleiche (was macht man zur Integration) einer Evaluation bzw. einer Bewertung unterzieht und dann etwas macht, um vorwärts zu kommen. Das möchte ich sehr unterstützen. Und ich bin sehr gespannt und freue mich auf diese Arbeit. Dankeschön!

Herr RICHERT:

Danke.

Frau ECKERT:

Herr Präsident, nur eine kurze Wortmeldung. Ich stelle mir folgende Frage: Wenn wir uns schon mit diesem Problem befassen, könnte man nicht von Seiten des Oberrheinrates her z.B. eine Zusammenarbeit mit dem Herkunftsland in Erwägung ziehen?

Ich habe jetzt von Rumänien und von Temeswar gesprochen, weil wir da viel Zusammenarbeit haben. Sie müssen wissen, dass die Prunkhäuser die sich die Rädelsführer der zahlreichen Banden gebaut haben, sich in dieser Stadt deutlich hervorheben. Es gibt sie tatsächlich, diese Rädelsführer, die das ganze Elend dieser Roma ausnutzen und dann selbst auf großem Fuße leben. Ich bin mir überzeugt, dass keiner von uns in so einem Palast wohnt. Es ist wirklich schockierend so etwas in Temeswar zu sehen.

Der Oberbürgermeister von Temeswar freut sich sehr darüber, dass er mit der Stadt Mühlhausen in diesen Fällen zusammenarbeiten kann. Wir tauschen Informationen aus über die Rädelsführer, die sich in Mühlhausen befinden. Der Oberbürgermeister versucht seinerseits in Temeswar damit etwas auszurichten. Ich denke, dass wenn der Oberrheinrat schon einen solchen Beschluss fasst, man auch erwägen könnte, ob er nicht auch eines Tages mit den Herkunftsländern zusammenarbeiten könnte. Es wäre sehr vorteilhaft auch über Ihre Auskünfte verfügen zu können.

Herr RICHERT:

Wir sind nicht hier um die Politik des einen oder anderen zu verdeutlichen. Sonst werden wir nie fertig. Wir sind nicht hier, um die von einer antragstellenden Kommissionen geleistete Arbeit zu prüfen. Wir schauen, ob die Stellungnahme, die nach eingehender Bearbeitung vorgestellt wird, nach erfolgter Analyse – das betonte ich einleitend – den Erwartungen des Oberrheinrates gerecht wird. Wir fügen dann ggf. etwas hinzu oder streichen etwas oder stimmen gegen den Vorschlag.

So hätten wir z. B. den Vorsitzenden der Generalräte oder dem Vertreter des entsprechenden Staates das Wort erteilen können, da ja in Frankreich der Staat in der gesamten Politik um die Lagerplätze beteiligt ist, usw. Das werden wir aber nicht tun, weil das nicht unser Ziel ist. Unser Ziel ist die Arbeit dieser Kommission. Wir sind hier im Plenum, um zu prüfen, ob das was die Kommission zum Ausdruck bringt, mit dem Plenum übereinstimmt. Wenn jeder erläutern will, was er in seiner Stadt tut, werden wir Mühe haben, die Sitzung zu einem Ende zu bringen.

Gestatten Sie, dass ich jetzt einfach auf den Punkt zurückkomme, über den nun, so meine ich, die Standpunkte sich näher gekommen sind.

Die Vorsitzende hat ihren Standpunkt wieder in Erinnerung gerufen und zwar, wenn ich mich der deutschen Formulierung bediene, den letzten Satzteil vom Punkt 3.2. zu streichen. Wir streichen also „*und das Entstehen grenzüberschreitender Kriminalität*“. In der französischen

Fassung unter Paragraph 3.2 streichen wir auf gleiche Weise das Ende der Aussage: „*und das Entstehen einer Kleinkriminalität*“, um niemanden zu stigmatisieren, wie es gesagt wurde.

Nachdem ich nun die Vorsitzende, Barbara SCHLEICHER-ROTHMUND sowie den Vertreter der Schweiz in dieser Sache gehört habe, scheint es mir, dass das den Erwartungen der französischen Seite entspricht.

Wenn Sie also damit einverstanden sind, stimmen wir jetzt über diesen Resolutionsentwurf ab, mitsamt der vorgeschlagenen Änderung.

Die Resolution wird angenommen.

Ich bedanke mich bei der Vorsitzenden für die in ihrer Kommission geleistete Arbeit, sowie, im Hinblick auf die hervorgebrachte Meinung, für die an diesem Entwurf vorgenommenen Änderungen.

Wir kommen nun zum zweiten Thema. Die Kommission, die sich mit Kultur, Jugend und Ausbildung befasst, hat weiterhin das Wort. Sie sind immer noch dran. Es geht jetzt um grenzüberschreitende Berufsausbildung im Oberrheingebiet.

Frau SCHLEICHER-ROTHMUND:

Ja, Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, diese Resolution werden wir jetzt schneller behandeln können, weil es letztendlich ein Thema ist, was uns im grenzüberschreitenden Raum immer wieder beschäftigt und vor allem unsere Kommission, die wir ja für Jugend und Ausbildung zuständig sind. Wir sehen eben in der grenzüberschreitenden Ausbildung und der Koordination der Länder in diesem Bereich eine große Chance zum einen eben für ein interkulturelles Verständnis, aber eben auch zu einer verbesserten Professionalisierung von jungen Menschen, die eben nicht nur einen Beruf lernen, sondern mit einer grenzüberschreitenden Ausbildung auch die Möglichkeit haben, ihre Profession auch noch zweisprachig ausüben zu können. Das ist in einem zusammenwachsenden Europa sicherlich ein Erfordernis, aber auch eine große Chance.

Es waren anwesend, als wir dieses Thema der grenzüberschreitenden beruflichen Bildung am Oberrhein behandelt haben, die Frau Ingrid THOMALA vom Referat Grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Europa bei der Bezirksregierung Karlsruhe, die Projektkoordinatorin für das EUREGIO-Zertifikat ist. Die hat uns über den Stand der Weiterentwicklung der grenzüberschreitenden beruflichen Ausbildung berichtet. Und des Weiteren war anwesend der Herr KUHN vom Christlichen Jugenddorf Maximiliansau, der uns über das Projekt der Anerkennung von Kompetenznachweisen berichtet hat.

Wie Sie der Resolution jetzt entnehmen können, betonen wir im ersten Punkt nochmal die besondere Bedeutung der grenzüberschreitenden Mobilität, der grenzüberschreitenden Bildung für die weitere Entwicklung der Oberrheinregion zu einer europäischen Metropolregion.

Wir sprechen uns ganz klar und zwar dafür aus, dass es einen wachsenden Anteil der beruflichen Tätigen und der Absolventen beruflicher Ausbildung in der Oberrheinregion geben soll.

Dann sehen Sie unter 2.1:

„... der während der beruflichen Ausbildung grenzüberschreitende Ausbildungsabschnitte und Praktika absolvieren, die im Rahmen der Ausbildung anerkannt werden“.

Ich glaube, das ist ja eines der Hauptprobleme, was wir haben. Wir müssen immer wieder unsere Landesregierung und -vertreter auffordern, dass die Anerkennung von beruflicher Ausbildung oder eben auch von Praktika verbessert wird, denn wenn wir junge Menschen haben, die das machen, dann sollten die nicht nur Zeit und Energie da reinstecken. Sie sollten nachher auch tatsächlich etwas davon haben.

Unter 2.2. *„während ihrer beruflichen Tätigkeit Erfahrung im Nachbarland erwerben und empfiehlt, dass die mit diesen Erfahrungen erworbenen Kompetenzen anerkannt werden“.*

Des Weiteren begrüßen und unterstützen wir darum die beiden bereits existierenden Projekte, EUREGIO-Zertifikat für ein Auslandspraktikum in der Oberrheinregion und das *Transvalidation d'acquis de l'expérience* für einen Kompetenznachweis zur Anerkennung von im Ausland erworbener beruflicher Erfahrung.

Und wir sprechen uns dafür aus, dass diese beiden Projekte im Hinblick auf ihre wichtige Funktion für das Zusammenwachsen der Oberrheinregion weiterhin engagiert vorangetrieben werden.

Unter 4. fordern wir die Teilregion der Oberrheinregion dazu auf, in der Oberrheinregion eine gegenseitige Anerkennung der Berufsabschlüsse und ebenso eine Verbesserung der Transparenz und Vergleichbarkeit der Berufsabschlüsse anzustreben und als Beitrag zur Entwicklung der Metropolregion durchzusetzen.

Man muss ganz klar sehen, dass hier der berufliche Bereich dem Hochschulbereich hinterher hinkt. Ihnen allen ist bekannt, dass wir mit dem Bologna-Prozess dafür sorgen, dass die einzelnen Schritte in der Hochschulausbildung kompatibel sind, dass sie anerkannt sind. Und da müssen wir unserer Ansicht nach auch hier für die berufliche Bildung noch etwas tun.

Und zum guten Schluss unterstreichen wir wiederholt die Bedeutung der Sprachkompetenz in beiden Nachbarsprache Deutsch und Französisch, als eine Grundlage der grenzüberschreitenden Ausbildung. Und wir sprechen uns dafür aus, die Vermittlung der beiden Nachbarsprachen im Rahmen der gesamten schulischen Ausbildung weiter auszubauen.

Ich würde mich freuen, liebe Kollegen und Kolleginnen, wenn Sie dieser Resolution beistimmen würden.

Herr RICHERT:

Auch hier, wenn man die Resolution liest, kann man den Eindruck haben, dass dieser Text innerhalb einer Arbeitssitzung erarbeitet wurde. In Wirklichkeit aber handelt es sich um ein langwieriges Unterfangen, das erfolgte, um eine gemeinsame Stellungnahme zu erarbeiten. Und bei solchen Themen kann das von großer Bedeutung sein, wenn nur die für diese Angelegenheiten zuständigen Behörden das Ganze weiterleiten und die damit verbundenen Empfehlungen wirklich umsetzen.

Ich hebe nur als Beispiel den letzten Punkt in Absatz 5 hervor:

„unterstreicht wiederholt die Bedeutung der Sprachkompetenz in beiden Nachbarsprachen Deutsch und Französisch als Grundlage der grenzüberschreitenden Ausbildung und spricht sich dafür aus, die Vermittlung der beiden Nachbarsprachen im Rahmen der gesamten schulischen Ausbildung weiter auszubauen“.

Und zwar in unseren drei grenznahen Gebieten. Wir können uns vorstellen, was das alles im Zuge der Transponierung, die wir alle hier und da unternehmen könnten, zu bedeuten vermag.

So lautet also der Vorschlag, der soeben unterbreitet und erläutert wurde. Möchte jemand in dieser Hinsicht das Wort?

Herr Helmut RAU:

Eine Kleinigkeit. Ich habe die Anregung, dass wir unter Ziffer 4 eben nicht nur die Teilregionen der Oberrheinregion und damit die öffentlichen Hände auffordern. Zumindest in Deutschland ist es so, dass die Kammern einen wesentlichen Part in diesen Fragen spielen. Ich würde die Kammern hier miteinbeziehen und damit auch dazu auffordern, sich daran zu beteiligen.

Herr RICHERT:

Ich schaue nach der Zustimmung der Vorsitzenden. Wir können diesen Antrag ohne weiteres berücksichtigen. Gibt es weitere Bemerkungen?

Wird der Beschluss somit angenommen? Er ist angenommen. Danke, Barbara SCHLEICHER.

Wir kommen nun zum dritten Entschließungsentwurf, der uns vorliegt. Er ist das Ergebnis der Arbeit der Kommission Landwirtschaft und Umwelt. Ihr Vorsitzende, Daniel HOEFFEL, hat das Wort.

Herr Daniel HOEFFEL:

Danke, Herr Präsident, seit 1970, waren die Rebrechte ein Kernstück der gemeinsamen Weinmarktorganisation. Es war dadurch möglich, der Überproduktion entgegenzuwirken und es ergab sich ein Anbau-Stopp jeglicher neuer Reben. Das System funktionierte seit etwa 40 Jahren unter befriedigenden Umständen. Nun kommt aber im Jahr 1990 die von der Europäischen Kommission angeordnete Reform der gemeinsamen Marktorganisationen und fordert das Ende des auf Rebrechten basierenden Systems ab 2015 und spätestens ab 2018.

Es liegt auf der Hand dass dieses System, das sich im Rahmen der allmählichen Freizügigkeit des europäischen Agrarmarktes bewegt und das bisher ein Mittel bietet, um Produktionshemmnisse zu beseitigen, zum Untergang verurteilt wurde. Die Reben würden dann von den Weinbergen ins Flachland ziehen und die hochwertige Weinerzeugung würde einer Massenproduktion weichen müssen. Das betrifft offensichtlich den gesamten Oberrheinraum, ob nun das Land Baden, die Pfalz, das Elsass oder die nordwestliche Schweiz.

Unter diesen Voraussetzungen fühlte sich unsere Kommission, als sie vor einem Jahr über diese Gefahr unterrichtet wurde, dazu bewogen, eine klare Stellung zu beziehen. Sie wurde in diesem Anliegen einstimmig von der Plenarversammlung des Oberrheinrates unterstützt, welche die Aufrechterhaltung der Rebrechte forderte.

Seit einem Jahr setzen wir unsere Aktion, in Verbindung mit allen Weinbau-Fachleuten und auf konzertierte Weise mit den Berufsvertretern des gesamten Oberrheinraumes, fort. Heute stellt unsere Kommission, wiederum in voller Einstimmigkeit was dies betrifft, dem Plenum des Oberrheinrates einen weiteren Resolutionsentwurf vor in dem sie erneut ihren Willen zur Aufrechterhaltung der Rebrechte mit Entschlossenheit bekräftigt.

Wir sind der Ansicht gewesen, dass es erforderlich ist, unserer Stellungnahme mehr Gewicht zu verleihen, dass diese EntschlieÙung sowohl vom Oberrheinrat wie auch von der Oberrheinkonferenz stammt. Die Resolution, die Ihnen hier unterbreitet wird, erhielt bereits die positive Beurteilung sowohl des einen, wie des anderen Gremiums. Diese Tatsache kann unsere einheitliche Stellungnahme auf Ebene des gesamten Oberrheingebietes nur verstärken.

Unser Resolutionsentwurf lässt sich in vier Punkte kleiden:

- wir bekräftigen den Wortlaut der praktisch vor einem Jahr, am 7. Juni 2010 einstimmig gefassten Resolution und bitten, dass die Europäische Kommission die Charakteristik des Weinbaus im Oberrheinraum berücksichtigt und damit die Anbaurechte-Regelung dementsprechend aufrechterhält;
- wir machen auf die verheerenden Folgen aufmerksam, die eine Abschaffung der Anbaurechte mit sich ziehen würde, sei es in Bezug auf die Raumplanung oder den Tourismus oder auch hinsichtlich des Kulturerbes des Oberrheingebiets, in dem die Weinbauflächen einen ganz besonderen Reiz ausüben;
- wir erinnern daran, dass die Anbaurechte eine Qualitätsproduktion gewähren. Wir hatten ursprünglich hinzugefügt, dass eine Qualitätserzeugung sich nur günstig auf die Volksgesundheit auswirken kann. Jedoch, aus Gründen der Konsenserweiterung und obwohl es unbestritten ist, dass ein guter Wein der Qualität niemals geschadet hat, während ein durchschnittlicher oder gar minderwertiger Wein schädlich sein kann, sagen wir einfach, um unseren Resolutionsentwurf von jeglichem Anstoß erregenden Hinweis zu bereinigen, dass er eine Qualitätserzeugung gewährt;
- wenn dieser Resolutionsentwurf angenommen wird, so würde das heißen, dass der Oberrheinrat und die Oberrheinkonferenz die Position der Landwirtschaftsminister einer stets wachsenden Zahl europäischer Mitgliedstaaten voll und ganz unterstützen, was die Helvetische Konföderation nicht unangenehm berühren sollte. Wenn wir uns in diese Richtung äußern, bestärken wir sie durch unsere Stellungnahme.

Das wird also dieser Plenarversammlung vorgeschlagen, nämlich ein Resolutionsentwurf, der einstimmig von der Kommission Landwirtschaft und Umwelt angenommen wurde, wobei die klare Linie und die Stellungnahme des Vorjahrs weiterhin vertreten werden. Das würde uns die Möglichkeit bieten, alle zusammen im Oberrhein unsere Sensibilisierungskampagne – wohlgermerkt ohne Druckausübung – anhand von triftigen und sachlichen Argumenten beim Europäischen Parlament und bei der Europäischen Kommission fortzusetzen.

Das wäre, Herr Präsident, in großen Zügen unsere Vorgehensweise in einer Angelegenheit, die uns nach bestem Wissen und Gewissen von maßgebender Bedeutung für das Fortbestehen eines wesentlichen Wirtschaftszweigs am Oberrhein vorkommt. Dieser Wirtschaftszweig ist uns allen gemeinsam, der Bundesrepublik, Frankreich und der Schweiz.

HERR RICHERT:

Wir danken dem Vorsitzenden, Daniel HOEFFEL, für sein Engagement und für die Art und Weise, wie er diese Arbeit, wie er es so gewöhnt ist, geführt hat. Es ist uns allen bekannt, dass die Folgen keines unserer drei Hoheitsgebiete, unserer drei Länder verschonen würden. Die Stellungnahme, die hier zum Ausdruck kommt, wie auch die zwei anderen Themen betreffend, wurde im Anschluss an die Kommission auch vom Vorstand mit Einstimmigkeit gutgeheißen. Sie fand gleichermaßen Zustimmung im Rahmen der Arbeiten der Oberrheinkonferenz.

Die Tatsache, dass hier die Oberrheinkonferenz und gleichzeitig der Oberrheinrat beteiligt waren, führt uns logischerweise zur Metropolregion, einem Konzept zu dem wir alle stehen und das wir mittragen. Aus diesem Grund möchte ich mich dem, was der Kommissionsvorsitzende Daniel HOEFFEL soeben vorgetragen und erläutert hat, anschließen.

Frau Dorothea STÖRR-RITTER:

Dorothea STÖRR-RITTER, Landrätin Land Breisgau-Hochschwarzwald. In Deutschland diskutieren wir ja dieses Problem unter Beibehaltung des Anbau-Stopps. Also, so ist unsere Überschrift und wenn wir jetzt heute in die Öffentlichkeit gehen, mit diesem Beschluss, dann müssen wir natürlich auch dafür gerade stehen, dass bei Aufrechterhaltung der Rebrechte genau dieses Thema gemeint ist. Also, das wird vielleicht in der Kommunikation dann erforderlich, das so zu erklären. Aber ich gehe ja davon aus, dass das ja gemeint ist, die identische Forderung: Beibehaltung des Anbau-Stopps oder Aufrechterhaltung der Rebrechte. Inhaltlich ist es dasselbe? Das wäre jetzt noch mal meine Frage, um das definitiv zu klären.

Da ich davon ausgehe, dass das so ist, eine Anregung: Wäre es möglich im ersten Spiegelstrich in der letzten Zeile zu erwähnen:

„und die bestehende Pflanzrechtregelung unverändert aufrecht erhält“. Also, *„bestehend“* und *„unverändert“*: Wäre es möglich, das noch einzufügen, um das noch etwas deutlicher zu machen?

Herr HOEFFEL:

Wir sind auf der gleichen Wellenlänge, sei es im französischen oder im deutschen Text.

Frau STORR-RITTER:

OK. Gut.

Herr RICHERT:

Weitere Fragen zum Verständnis? Nein. Dann würde ich vorschlagen dass wir jetzt darüber abstimmen.

Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Dieser einstimmige Beschluss des Oberrheinrates verleiht der Resolution noch mehr Gewicht. Sie wird demzufolge im Hinblick auf die logische Strategie der Metropolregion, die wir in die Wege leiten wollen, sowohl vom Oberrheinrat wie von der Oberrheinkonferenz getragen.

Bevor wir zu Punkt 4 übergehen möchte ich nur darauf hinweisen, dass Herr FLEISCHER keinen Resolutionsentwurf von Seiten der Kommission dessen Vorsitzender er ist, vorstellen wird. Aber vielleicht könnte er uns Bericht erstatten über die Sitzung vom 31. Mai, die auf Antrag des Oberrheinrates über das Thema der Raumordnung einberufen wurde und an der auch Herr BELLIARD teilgenommen hat. Das ist ein Themenkreis der Herrn FLEISCHER sehr zu Herzen liegt. Es geht um die Frage der Verfahrensgleichheit über Landesgrenzen hinweg. Wir werden versuchen in diesen raumplanerischen Angelegenheiten Annäherung zu schaffen und voran zu kommen, um Ungleichheiten, wie sie uns manchmal schockiert haben, so gut wie möglich anzugehen.

Ich möchte nun Gundolf FLEISCHER das Wort übergeben.

Herr Gundolf FLEISCHER:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir hatten in der Tat eine sehr gut besuchte Konferenz, wo wohl in dieser Form zum ersten Mal die Raumplaner des Oberrheins zusammen gekommen sind. Wir haben, nach einer exzellente Einführung von Monsieur BELLIARD, der genau auf den Punkt zuführte, was ist der Stand der Dinge und wo gehen wir hin, haben wir uns Gedanken gemacht über die weitere Zusammenarbeit, um dann in einem dritten Teil einen ganz konkreten Planungsaustausch zwischen den Beteiligten eben vorzunehmen.

Ob das jetzt die Rauplanungsämter der Kantone waren, oder ob es die SCOTs in Frankreich sind oder ob es unsere Regionalverbände in Deutschland sind, wir waren uns schließlich einig, dass wir in Schritten dem Ziel einer kohärenten Raumplanung eben in Schritten näher kommen müssen und diese Schritte möchte ich ganz kurz Ihnen hier zusammenfassend eben dartun. Ich erhebe keinen Anspruch auf Vollständigkeit, aber die Zeit drängt.

In einem ersten Schritt ist vereinbart worden, dass es sinnvoll ist, diesen Termin zu einem regelmäßigen zu machen, um zu einem lückenlosen, rechtzeitigen – und nicht verspäteten, sondern rechtzeitigen – Austausch zwischen den Planungsträgern zu kommen, um nicht nur über umweltrelevante Projekte zu sprechen, wie z.B. auch, was uns immer wieder im Einzelfall besondere Schwierigkeiten bereitet hat, großflächige Einzelhandelsprojekte zu erörtern, sondern dass insgesamt im Bereich der Infrastruktur, des Verkehrs und vieler anderer Dinge eben hier ein vollständiger, rechtzeitiger, regelmäßiger Informationsaustausch stattfindet. Dies sicherlich auch dadurch, dass man ein oder zwei Mal im Jahr in dieser Zusammensetzung zusammen kommt, wie es in Freiburg der Fall gewesen ist.

Das zweite ist: Nachdem die rechtlichen Grundlagen in den drei Ländern oft sehr unterschiedlicher Natur sind, dass man sich darüber unterhält, wie gleiche Spielregeln aufgestellt werden können, wie die Genehmigungsdeterminanten auszusehen haben um hier, Schritt für Schritt auch zu einer Angleichung eben zu gelangen. Und dann festzustellen, was ist rechtlich ggf. notwendig in dem jeweiligen Land, um zu diesen gleichen Spielregeln auch dann zu kommen.

Das Dritte war dann, dass man die Projekte, so wie sie besprochen sind, auch in die SCOT, in die Regionalpläne entsprechend aufnehmen sollte, nachrichtlich und dort wo die Grenze unmittelbar ist, sicherlich auch in die Flächennutzungspläne, um in der Terminologie der deutschen Seite zu bleiben. Es sollte sodann staats- und völkerrechtlich überprüft werden, was getan werden muss, um im Hinblick auf diesen Meinungs-austausch und im Hinblick auf die Findung gleicher Spielregeln, Determinanten, Grundsätze, wie hier wechselseitige

Rechtsverbindlichkeit hergestellt werden kann. Wie ist das staats- und völkerrechtlich nachher dann auch möglich? Hier haben wir ja in EUCOR entlang des Oberrheins eine hervorragende Möglichkeit von Karlsruhe über Straßburg und Freiburg bis Basel die Fachleute eben hier zusammenzunehmen.

Und dann wird schließlich das große Ziel sein, von dem wir nicht wissen, wann wir es erreichen, aber wir sollten es zielstrebig angehen, welche vertraglichen Konsequenzen zwischen den Ländern, dann allerdings auf höchster Ebene, zu treffen sind, so wie wir es damals schon vor vielen Jahren in einem bestimmten Bereich, nämlich dem Zweckverbandsbereich, ja mit dem sog. Karlsruher Vertrag getan haben.

Ich meine, dass ich das heute vortragen sollte, weil es der einhellige Wunsch war, dass bei der nächsten Plenarsitzung des Oberrheinrates, aber auch bei der nächsten Plenarsitzung der Oberrheinkonferenz ein Grundsatzbeschluss hierzu gefasst werden sollte, wo das Ziel formuliert wird: Eine kohärente Raumplanung für alle drei Bereiche, alle drei Länder hier am Oberrhein Und dass hier die entsprechenden Institutionen eben auch den Auftrag erhalten in dem geschilderten Verfahren dann voran zu gehen und regelmäßig hier dann Bericht zu erstatten, wie man weiter gekommen ist.

Es ist ein steiniger Weg. Ich erinnere nochmal an die großen Einzelhandelsvorhaben, wo Kräfte meistens entscheiden, die nicht hier in diesem Raume anwesend sind, in der Frage was dann letztendlich dabei herauskommt. Aber wir müssen uns diesem Thema zuwenden. Es ist ein ganz wichtiges Thema der Zukunft. Bei der Gründung des Oberrheinrates war, habe ich bereits darauf hingewiesen, dass das eines der wichtigsten Themen überhaupt ist, dass es aber eines der schwierigsten ist. Und wir wollen nunmehr einen Neuanfang machen, um noch einmal mit voller Kraft voran zu gehen.

Dazu brauchen wir den Impetus dieser beiden Gremien hier am Oberrhein, nämlich des Oberrheinrates und der Oberrheinkonferenz. Und meine abschließende Bitte wäre, dass dies so bei der nächsten Sitzung, Herr Präsident, auch herbeigeführt wird.

Herr RICHERT :

Danke, Gundolf FLEISCHER. Ich wende mich zu Jean-Marie BELLIARD. Möchten Sie diesem soeben erfolgten Vortrag etwas hinzufügen, da Sie ja in dieser Angelegenheit partnerschaftlich vorgegangen sind?

Herr BELLIARD:

Nein, Herr Präsident. Herr FLEISCHER hat einen sachgetreuen Sitzungsbericht erstellt und ist dabei auch auf die Entschlossenheit der Mitglieder dieser Kommission eingegangen. Es kann nur betont werden, dass in dieser Hinsicht Einstimmigkeit zwischen unseren drei Ländern herrscht.

Herr RICHERT:

Danke für diese Präsentationen. Es war keine Resolution. Es geht heute nicht darum sich über dieses Thema im Wege einer Abstimmung zu äußern. Ich denke, es war wichtig, dass alle Mitglieder des Oberrheinrates über eine mündliche Berichterstattung über diese Angelegenheit in Kenntnis gesetzt werden konnten, sowie auch über die Fortschritte, die bereits auf sehr pragmatische Weise allmählich erzielt werden. Wir wissen ja, dass es Hindernisse gibt,– Sie haben selbst darauf hingewiesen – und auch, dass wir diese Hindernisse Schritt für Schritt überwinden müssen.

Ich bin der Meinung, dass die Angelegenheit gut gestartet wurde. Ich danke nochmal Gundolf FLEISCHER für seine Zielstrebigkeit in dieser Sache. Ich denke, er hat bereits gezeigt, dass er die Sache durchziehen will.

4. Resolution auf Antrag des Vorstands. Vortragender: Herr Philippe RICHERT

Herr RICHERT:

Ich schlage nun vor, dass wir zu Punkt 4 der Tagesordnung übergehen und zwar zu den Resolutionsentwürfen des Vorstands. Es liegen zwei vor. Der eine betrifft die Zukunft unserer Zielsetzung in Bezug auf die europäische territoriale Zusammenarbeit nach 2013. Bei dem anderen geht es um die Atomkraftwerke im Oberrheingebiet.

Atomkraftwerke am Oberrhein

Ich schlage vor, dass wir zunächst Punkt 2 über die Atomkraftwerke am Oberrhein vornehmen. Dieses Thema wurde von zwei Kommissionen bearbeitet: von der Kommission „Wirtschaft und Arbeitsmarkt“ unter dem Vorsitz von Herrn HOLINGER und von der Kommission „Landwirtschaft und Umwelt“ mit Daniel HOEFFEL als Vorsitzenden.

Wir haben also zwei Vorlagen erhalten. Der Vorstand hat den Resolutionsentwurf auf der Grundlage dieser zwei Beiträge verfasst. Ich könnte dann, wenn Sie damit einverstanden sind, nacheinander den zwei Vorsitzenden das Wort erteilen und im Anschluss daran die Prinzipien vorstellen, die zu diesem Ausdruck geführt haben. Sie können sich danach, die einen wie die anderen, über den Inhalt des vorgeschlagenen Entwurfs äußern.

Ich frage zunächst einmal Herrn HOLINGER. Möchten Sie das Wort?

Herr Peter HOLINGER:

Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren,
die Kommission Wirtschaft und Arbeitsmarkt hatte eine Kommissionssitzung am 4. April 2011. Ich rapportiere einfach, dass wir dort eine Sitzung hatten und zwar war die in der Firma Richterich in Laufen, ihnen allen sicherlich bekannt. Herr RICHTERICH hat uns seine Firma Ricola vorgestellt. Wir hatten die Themen die Grenzgänger anbelangt und der Franken und der Eurocorps etc. Hemmnisse im Handel usw. Die Firma Ricola hat ja auch hier im Elsass eine Fabrik. Das noch kurz zur Einleitung, dass wir noch eine Kommissionssitzung hatten am 4. April in Laufen.

Nun, zu dieser Resolution, die soeben verteilt worden ist: Es betrifft ja die Sicherheitsstandards für AKWs in unseren drei Ländern. Das ist in allen drei Ländern ein sehr großes Thema. Es war soeben auch in Bundes-Bern diese Woche ein Thema, die ganze Energiepolitik. Und zusammen mit der Kommission Landwirtschaft und Umwelt, dessen Präsident ja zu meiner Rechten sitzt, habe ich auch mit ihm mehrmals telefoniert, ins Elsass, haben wir diese Resolution jetzt mehrmals hin und her überarbeitet und sie liegt Ihnen jetzt redigiert, so wie sie heute morgen im Vorstand besprochen wurde, vor.

Sie liegt vor Ihnen und hat einige Änderungen und ich finde, es ist sehr, sehr wichtig, dass sie heute verabschiedet wird, dass sie heute hier thematisiert wird. Unsere Bevölkerung hat dazu

das Recht zu hören, was wir im Oberrheinrat dazu sagen. Es scheint mir sehr wichtig. Die Thematik ist sehr aktuell.

Ganz abschließend noch zu einem anderen Thema. Wir haben noch das Thema in der Kommission Wirtschaft und Arbeitsmarkt der Handwerksbetriebe, der Kautionspflicht für Handwerksbetriebe, die in der Schweiz arbeiten wollen – hat gar nichts mit dieser Resolution zu tun – auch noch diskutiert und vielleicht machen wir dazu auch noch eine Sitzung.

Das zur Einleitung zur Resolution Atomkraftwerke im Oberrheingebiet.

Herr RICHERT:

Danke, Peter HOLINGER. Das Wort hat nun Daniel HOEFFEL.

Herr HOEFFEL:

Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, unsere Kommission hat in der Vergangenheit bereits vier Mal eine Stellungnahme über Energiefragen am Oberrhein abgegeben.

Im Laufe der vergangenen zehn Jahre haben wir insbesondere zwei Punkte in dieser Hinsicht mit Nachdruck betont. Zum ersten ist es unerlässlich, dass wir den grenzüberschreitenden Informationsaustausch über Kernkraftwerke sowie deren Betrieb und Perspektiven verbessern.

Zweitens ist eine bessere Koordinierung der energiepolitischen Maßnahmen auf Ebene des Oberrheins unverzichtbar.

Aber wie es so ist, wurde in der derzeitigen Konjunktur darauf noch nicht ausreichend eingegangen, wenn man so sagen darf, auf unsere Sorge hinsichtlich einer besseren Koordinierung der zentralpolitischen Maßnahmen auf dem Gebiet der Energiewirtschaft, sodass wir für das Oberrheingebiet noch keinen Nutzen davon ziehen konnten.

Dabei bleibt dieser Problemkreis aktueller denn je. Es ist uns nicht leicht gefallen, angesichts des Wandels unserer jeweiligen nationalen Politik, innerhalb unserer Kommission Stellung zu beziehen. Unsere Atomkraftwerke am Oberrhein befinden sich auf drei Gebieten, die jeweils von einer unterschiedlich gearteten nationalen Politik abhängen, wobei die damit verbundenen Probleme aber nichts an ihrer Brisanz verloren haben. Auf Antrag eines Kommissionsmitglieds haben wir das also anlässlich der letzten Sitzung erörtert.

Nach mehrfachem Kontakt mit unserem Kollegen Peter HOLINGER ist es uns gelungen, vorübergehend eine gemeinsame Position zwischen der Kommission deren Vorsitz er inne hat und der Kommission „Landwirtschaft und Umwelt“ zu erarbeiten. Es wird dabei versucht, sich von sporadischen Auswirkungen freizumachen, um den Schwerpunkt auf die Tatsache zu legen, dass diese Probleme die gesamte Kernkraftindustrie unseres Oberrheingebietes betreffen müssen. Es wird dabei auch betont, dass ein bestimmter Aspekt der Kernkraftpolitik nicht losgelöst vom Ganzen betrachtet werden darf. Denn wie können wir ansonsten alles, was in der Zukunft auf dem Gebiet der Kernkraft, auf dem Gebiet aller anderen Energiequellen (Wasserkraft, Erdwärme, Windkraft und noch andere) geschehen wird, harmonisieren? Und dabei auch die Energiesparmaßnahmen hervorheben, eine weitere Kenngröße, die wir in Zukunft unbedingt offensiver und effizienter vertreten sollten.

Das wäre also die Position, die unsere Kommission vorübergehend im derzeitigen Kontext einnehmen konnte und wir beugen uns selbstverständlich Ihrem Wunsch, Herr Vorsitzender, eine geschlossene Position nach außen zu tragen sowie Ihrem Bemühen, sowohl die Meinung der einen und der anderen zu berücksichtigen, uns aber die Möglichkeit gewährend ein weiteres Hindernis auf dem Wege zu einer möglichst allen gemeinsamen Politik am Oberrhein zu überwinden, denn letzten Endes hängt ja auch in der Zukunft die Wirksamkeit unseres Handelns davon ab.

Herr RICHERT:

Ich bedanke mich bei den Vorsitzenden, dass sie uns die in ihren jeweiligen Kommissionen geleistete Arbeit wieder ins Gedächtnis gerufen haben. Diese Arbeit wurde vom Vorstand aufgegriffen, sodass heute ein Textentwurf vorgestellt werden konnte, der einstimmig vom Vorstand, unter besonderer Akzentuierung mehrerer Punkte, angenommen wurde. Ich werde dann diese Resolution vorlesen, allerdings mit einigen Kommentaren.

Als ersten wichtigen Kommentar möchte ich sagen, dass beide Kommissionen sowie der Vorstand sich eins gewesen sind, um hervorzuheben, wie wichtig es ist, dass wir uns allesamt richtig positionieren und zwar in einer Perspektive, welche die Kernenergie in allen drei Länder einschließt und alle Kernkraftwerke, die im Oberrheingebiet vorhanden sind, miteinbezieht.

Wir haben heutzutage Kernkraftwerke an 8 Standorten: Fessenheim, wovon hier die Rede ist; in Deutschland sind es Biblis, Philippsburg, Neckarwestheim; in der Schweiz die Kernkraftwerke Leibstadt, Beznau, Gösgen und Mühleberg.

Die Position besteht darin, dass der Gesamtbestand an Kernkraftanlagen ins Blickfeld genommen wurde und die gleichen Anforderungen für die Gesamtheit der Anlagen gelten sollen wie auch immer das Land, der Standort und ggf. das Alter des einen oder anderen Kernkraftwerks. Gestatten Sie, dass ich Ihnen hier sage, dass das Kernkraftwerk Fessenheim nicht unbedingt das älteste noch in Betrieb stehende Kernkraftwerk am Oberrhein ist, wie man es manchmal annimmt.

Aus diesem Grund wird bewusst in der Vorgehensweise von Seite des Oberrheinrates die Gesamtheit der Kernkraftwerke, der Standorte eingeschlossen, um somit an alle möglicherweise betroffenen Standorte die gleichen Anforderungen zu stellen

Zweiter Punkt. Wir könnten beschließen oder hätten heute bereits beschließen können, unsere Entscheidung zu vertagen, um in unseren Entscheidungsprozesse ganz aktuelle Überlegungen aus einer Anzahl von Ländern und bereits auf Europäischer Ebene (aber auch anderer Länder) im Hinblick auf strengere und sinnvollere Auflagen zum Sicherheitsstandard und zu neuerlassenen Forderungen in Bezug auf den Umfang der erwarteten Absicherung einfließen zu lassen.

Wir werden über diesen Resolutionsentwurf die Möglichkeit erhalten, dies zu ergänzen, indem beantragt wird, dass die Kommission Landwirtschaft und Umwelt die Gelegenheit erhält, sich erneut und ergänzend mit dieser Angelegenheit zu befassen. Insbesondere könnten dann unsere Forderungen mit dem Anliegen eines entweder europaweit (im Zuge einer Harmonisierung durch die EU) oder in den verschiedenen betroffenen Ländern anerkannten, höchstmöglichen Absicherungsstandards ergänzt werden.

Wir haben den verschiedenen Anträgen, die uns aus allen drei Ländern und auch zu einem bestimmten Zeitpunkt von Willi STÄCHELE kamen, ein besonderes Gehör geschenkt. Es ging darum, das Anliegen um eine Bewertung in Bezug auf die höchstmöglichen umzusetzenden Schutz- und Sicherheitsstandards, einfließen zu lassen. Für uns gilt es dann, das zu berücksichtigen, was in den kommenden Wochen und Monaten in verschiedenen Ländern erarbeitet und zur Verfügung gestellt werden kann.

Diese zwei Anmerkungen wollte ich noch machen, bevor die Resolution nun vorgestellt wird.

Diese Entschließung beginnt damit, dass sie vom Vorstand und von der Kommission Landwirtschaft und Umwelt einerseits und der Kommission Wirtschaft und Arbeitsmarkt andererseits vorgeschlagen wird.

Die Resolution „stellt die enormen Auswirkungen der Naturereignisse, von denen Japan betroffen wurde, fest, nämlich das Erdbeben und dann der Tsunami; dies war mit erheblichen Konsequenzen für das Atomkraftwerk in Fukushima verbunden, das diesen Naturgewalten nicht stand hielt; der Oberrheinrat drückt seine tief empfundene Solidarität mit der japanischen Bevölkerung aus“

Ich glaube, dass wir mehr denn je das fürchterliche Drama, das dieses Volk erlitten hat und weiterhin erleidet, nicht vergessen dürfen.

Ich möchte kurz Ihre Aufmerksamkeit auf den zweiten Absatz lenken, da im Vergleich mit dem ursprünglich verteilten Entwurf eine kleine Änderung eingeführt wurde. Wir haben die erste Zeile gestrichen: *„unterstreicht das außergewöhnliche Ausmaß der Ereignisse in Japan“*. Auf Antrag der Schweiz streichen wir dies, weil es nichts mehr hinzu bringt. Auch wenn es in diesem Fall Ereignisse von außergewöhnlichem Ausmaß waren, ändert das nichts an der Tatsache, dass solche Ereignisse, ob nun außerordentlich oder nicht, berücksichtigt werden müssen. Dementsprechend fügen wir hier das hinzu:

„...räumt ein, dass – trotz der Problematik von Analogieschlüssen – aus dieser Katastrophe doch Schlussfolgerungen gezogen werden müssen, indem den Sicherheitsmaßnahmen der Atomkraftwerke und diesbezüglichen Vorschriften absolute Priorität zukommen müssen“;

Im dritten Teil wird festgestellt *„...dass im Gebiet der Trinationalen Metropolregion Oberrhein und dessen naher Umgebung acht Atomkraftwerke betrieben werden“*.

Der Oberrheinrat *„nimmt zur Kenntnis, dass die Regierungen der drei Länder kürzlich den Auftrag für eine neue Analyse erteilt haben, einschließlich der Neubewertung sämtlicher Risiken. Diese Analyse stellt eine Maßnahme dar, die in den Rahmen der bereits bestehenden Bewertung und Verstärkung der Sicherheitsmaßnahmen hinsichtlich der Überprüfung fällt“;*

Der folgenden Absatz, lautet: *„der Oberrheinrat fordert, - hier hätten wir eine leichte Änderung -dass für alle Kernkraftwerke des Oberrheins die gleichen strengen Vorschriften, und höchstmöglichen Sicherheitsnormen und Belastungstests, für alle Risiken, gelten. Ausgangspunkt muss das Lastenheft sein, das auf europäischer Ebene definiert wurde“*.

Wir haben den Bezug auf das Erdbebenrisiko gestrichen, denn es soll hier der Gesamtbegriff für sämtliche, soweit wie möglich gefasster Risiken stehen. Es soll nicht der Eindruck entstehen, dass vor lauter Sorge um das Erdbebenrisiko alle weiteren Risiken als zweitrangig

oder von geringerer Bedeutung gesehen werden.

Auch da haben wir den letzten Satz gestrichen:

„Die Trennung der verschiedenen Kühlsysteme bedarf größerer Aufmerksamkeit“.

Wir haben lediglich beibehalten, dass das Anforderungsmaß des auf europäischer Ebene bestimmten Lastenhefts das unseren drei Ländern gemeinsame Sicherheitsniveau sein muss.

Wir wissen wohl, dass die Schweiz nicht zur Europäischen Union gehört, aber der Gedanke, hier einer europäischen Sicherheitsnorm entspricht dem Willen allen Ländern deutlich zu machen, dass wir die gleichzeitig höchste und einheitliche Sicherheitsnorm fördern wollen, die wir mit den Forderungen hier im Oberrheingraben übereinstimmend sehen möchten, und nicht etwa das in dem einen oder anderen Land, im Vergleich zu unserer möglichen Gesamtforderung, herabgesenkte Sicherheitsmaß.

Aus diesem Grund wurden die Formulierung beibehalten: *„... für alle Risiken gelten. Ausgangspunkt muss das Lastenheft sein, das auf europäischer Ebene definiert wurde.“*

Im nächsten Absatz heißt es über den Oberrheinrat, wie Daniel HOEFEL es vorhin präziserte:

„...erinnert daran, dass er in den Jahren 2001, 2004, 2006 und 2009 Resolutionen angenommen hat, in denen eine Verbesserung des grenzüberschreitenden Informationsaustauschs zu Atomkraftwerken sowie eine bessere Koordinierung energiepolitischer Maßnahmen im Oberrheinraum gefordert wurden“

Hinsichtlich des verbesserten grenzüberschreitenden Informationsaustausches über Kernkraftwerke hatte insbesondere Charles BUTTNER einen Antrag gestellt. Er wünscht, dass das Modell Fessenheim, wo es eine Kommission mit Vertretern der zwei anderen Länder gibt, sozusagen in die anderen Standorte „exportiert“ wird, damit Transparenz auf bestmögliche Weise gewährleistet wird. Ich werde ihm gleich das Wort erteilen, damit er das selbst vortragen kann.

Und weiter, der Oberrheinrat *„wünscht daher, dass diese Ergebnisse nunmehr verfügbar sein sollten, dass die Informationen auf trinationaler Ebene in transparenter Weise übermittelt werden“*,

Abschließend, *„Der Oberrheinrat fordert, dass für Störfälle die in Ansätzen bestehende trinationale Katastrophenorganisation auch auf atomare Unfälle ausgerichtet wird, in der ganzen Oberrheinregion zum Einsatz gelangt und dass die Arbeiten der drei Länder koordiniert werden.“*

Der Oberrheinrat wünscht zudem, dass künftig – nach dem Vorbild der in Fessenheim eingerichteten Sicherheitskommission – für jedes KKW eine grenzüberschreitende Sicherheitskommission eingerichtet wird, die für die Transparenz dieser Informationen bezüglich aller Kernkraftwerke im Oberrheinraum zuständig ist.

Falls im Rahmen der Kontrollen irgendwelche Risiken für die Bevölkerung des Rheingebiets festgestellt werden sollten, wird der Oberrheinrat verlangen, dass notwendige Maßnahmen ergriffen werden, einschließlich der Stilllegung betreffender Kraftwerke.“

Das wurde diskutiert, erst in den Kommissionen, dann im Vorstand und heute Morgen wurde es angenommen. Wenn Sie erlauben, als ergänzende Information, möchte ich Charles BUTTNER das Wort erteilen über den bestimmten Punkt, der den örtlichen für Fessenheim tätigen Sicherheitsausschuss betrifft und den Wunsch, man möge so etwas für alle Standorte einrichten.

Herr Charles BUTTNER:

Danke, Philippe RICHERT. Ich nutze die Gelegenheit, alle Freunde und Vertreter des Oberrheins, die hier zusammen gekommen sind, zu begrüßen. Es ist uns immer eine sehr große Freude, unsere guten Beziehungen zu pflegen.

Der Vorschlag des Departements Oberrhein, der vom seinem Generalrat eingebracht wurde, und darin bestehen würde, die Erfahrung des Departements auszuweiten, ist auf keinen Fall gemacht worden, um das Problem Fessenheim irgendwie zu vernebeln. Entschuldigen Sie den Ausdruck, es soll hier natürlich nicht auf irgendwelche Wolken angespielt werden. Im Gegenteil, wenn wir wirklich die Vertreter eines trinationalen Territoriums und seiner Bevölkerung sind, ist es m.E. unerlässlich bei der Gestaltung dieses Gebiets eine möglichst objektive Informationspolitik mit der ganzen Bevölkerung zu betreiben und dieser mitzuteilen, wie sich die Risiken auf das Gesamtgebiet verteilen.

Wenn wir das tun können, dann müssen wir es tun, denn ich glaube nicht, dass man einige Landstriche unseres Oberrheingebiets im Vergleich mit anderen ungleich behandeln könnte. Die örtliche Informations- und –Sicherheitskommission besteht jetzt seit über dreißig Jahren. Sie wurde vom Generalrat des Departements Oberrhein und ist beim Kernkraftwerk Fessenheim angesiedelt. Sie besteht aus Sachverständigen unserer drei Länder. Mandatsträger der drei Länder, insbesondere Bürgermeister der Nachbargemeinden von Fessenheim können sich an den Sitzungen beteiligen. Die Kommission, von unabhängigen Sachverständigen und Ingenieurbüros unterstützt, erörtert auf völlig sachliche Weise die Risiken, die am ehesten Gefahrensituationen herbeiführen könnten. Solche Informationen werden also sehr offen mitgeteilt, unabhängig von der Gefahreinstufung, auch bei sehr niedrigem Risiko. Das hat vielleicht im Laufe der Jahrzehnte zur Stigmatisierung von Fessenheim geführt.

Wie auch immer, in einem trinationalen Gebiet wie es bei uns der Fall ist, meine ich, dass es legitim ist, hinsichtlich über alles nachzudenken, was unsere Bevölkerung bedrohen könnte. Das ist keine neutrale Vorgehensweise. Nachdem diese Arbeit gestartet worden wird, gehört es meiner Ansicht nach zur Pflicht aller politischen Mandatsträger unserer drei Länder, dass sie alle erforderlichen Maßnahmen treffen und auch, im Falle eines Falles, die Stilllegung. Es wird also keinesfalls ein Problem unter den Teppich gekehrt, sondern es geht eher darum, dass man sich einer Vorgehensweise, einer Strategie bedient, damit man zu diesem Problem am Oberrhein — denn, wie Daniel HOEFFEL es wiederholt gesagt hat, wurde vom Oberrheinrat diesbezüglich bereits mehrfach Stellung bezogen — auch das passende Instrumentarium hat, um die Politiker hinsichtlich der zu treffenden Entscheidungen zu sensibilisieren und die Bevölkerung in Bezug auf die Risiken und die dazu getroffenen Präventivmaßnahmen klar und sachlich zu informieren

Herr RICHERT :

Diese Stellungnahmen, die ggf. vom Oberrheinrat bezogen wird, soll im Anschluss daran allen in dieser Sache zuständigen Behörden mitgeteilt werden, insbesondere den zentralen Behörden unserer drei Länder, da diese in dieser Angelegenheit die Entscheidungsträger sind.

Das könnte für uns die Gelegenheit sein, uns übereinstimmend und mit Nachdruck denen gegenüber äußern, die heute für diese Politik in unseren jeweiligen Ländern die Verantwortung tragen.

Frau BUCHMANN:

Vielen Dank, Herr Vorsitzende. Ich möchte in Bezug auf die Sicherheitskommission, die Sie erwähnt haben Herr BUTTNER, eine Bemerkung vorausschicken, da ich hier schon etwas länger dabei bin.

Diese Sicherheitskommission wurde in der Tat bei der Entstehung des Atomkraftwerkes Fessenheim eingerichtet, aber erst aufgrund einer gewaltfreien Aktion, die lange andauerte hat, nämlich das Hungerfasten von Frau Solange FERNEX, einer meiner Umweltfreundinnen, die seitdem verstorben ist. Sie hatte sich außerordentlich dafür eingesetzt. Der Generalrat vom Departement Oberrhein hat dann in der Tat diese Sicherheitskommission eingerichtet.

Seitdem gibt es also diese Sicherheitskommission. Allerdings habe ich nicht den Eindruck, dass sie in der Öffentlichkeit eine große Rolle spielt, indem sie Stellungnahmen abgibt. Man darf sich erhoffen, dass weitere Sicherheitskommissionen, die eingerichtet werden könnten, etwas mehr Präsenz zeigen.

Was die Resolution betrifft, die uns heute vorgeschlagen wird, Herr Vorsitzender, ist diese in der Tat das Ergebnis der Arbeit des Wirtschafts- und des Umweltausschusses. In der Kommission für Umwelt hatte unser Freiburger Kollege, Herr PIX, der hier anwesend ist, eine Resolution zur Stilllegung von Fessenheim vorgeschlagen. Dieser Entschließungsentwurf konnte bedauerlicherweise nicht verteilt werden. Warum, ist mir nicht bekannt. Er wurde dann im Laufe der Sitzung verteilt. Dieser Resolutionsentwurf sollte als Grundlage für ein von Herrn HOEFFEL heute vorgestelltes Papier dienen. Sie haben sich für eine andere Vorgehensweise entschieden indem sie verlangt haben, dass das Präsidium damit befasst wird.

In dem von Ihnen formulierten Entwurf, Herr Vorsitzender, gehen Sie von etwas älteren Situationen aus, wobei die Position Deutschlands sich seit dem vergangenen Sonntag geändert hat und Deutschland ganz offiziell den Beschluss gefasst hat – so die Haltung von Frau MERKEL vor der Öffentlichkeit – die Kernkraftwerke in Deutschland still zu legen. Die Kernkraftwerke, die hier auf der Liste stehen, werden nicht wieder in Betrieb genommen werden.

Was die Schweiz betrifft, da möchte ich allerdings unseren Schweizer Freunden das Wort lassen, so wurde die politische Linie vor zwei Tagen eindeutig von der Berner Regierung zum Ausdruck gebracht. Wir können auch in dieser Hinsicht hören, wie sich die Lage seitdem entwickelt hat.

Schließlich, möchte ich doch zur Frage der Ergebnisse der Sicherheitsprüfungen, die nun stattfinden sollen, daran erinnern, dass 40 Elsässische Gemeinden sich für die Schließung von Fessenheim ausgesprochen haben, darunter die Stadt Straßburg, der Stadtverband Straßburg, die Stadt Schlettstadt, die Stadt Zabern. Auch vom Generalrat des Departements Oberrhein und vom Generalrat des Departements Niederrhein sind ziemlich bestimmte Stellungnahmen ausgegangen. Die Ergebnisse dieses technischen Sicherheitsausschusses werden auch mit dem politischen Druck in Zusammenhang stehen werden, den es zwangsläufig geben wird und ja bekannt ist, dass Sachverständige manchmal etwas beeinflusst werden.

Aus diesem Grunde möchte ich also nichtsdestoweniger im Vergleich mit Ihrer Position in Bezug auf diese Resolution, auf eine Alternativposition noch einmal zurückkommen, sie Ihnen vorstellen und sie Ihnen vorschlagen. Gewissermaßen haben wir dafür gesorgt, dass dieser Vorschlag verteilt wurde. Er konnte nicht im normalen Umlauf verteilt werden, weil wir ja alle mit der Notwendigkeit konfrontiert wurden, wie Sie selbst ja auch, aufgrund der Wahlen in Deutschland und dem damit verbundenen Wechsel an Mandatsträger, auf die letzte Minute zu arbeiten.

Die Resolution, die von den Grünen aller drei Länder vorgeschlagen wird, sowie von den Elsässischen Sozialisten, fordert zwei Dinge. Sie verlangt, dass der Oberrhein die französische Regierung auffordert, mit sofortiger Wirkung das Atomkraftwerk Fessenheim stillzulegen und jegliche Fortsetzung seines Betriebs zu untersagen.

Sie verlangt die Umwandlung dieses KKW's in einen Musterstandort für Forschung und Entwicklung als Quelle für qualifizierte Beschäftigung. Das ist ein sehr wichtiges Argument. Es geht darum, das Knowhow und die Technologie anzusiedeln, die derzeit noch nicht beherrscht werden und zum Abbau von veralteten KKW's erforderlich sind

Es besteht hier der Bedarf, auf jeden Fall auf französischer Seite, ein Knowhow zu erlangen, das auf unserem Hoheitsgebiet, aber auch auf den anderen angewendet werden kann. Da wir Kernkraftwerke verkaufen, wäre es nicht falsch, wenn wir auch wüssten, wie man sie so gut wie nur möglich abbaut.

Aus diesem Grund fordern wir erneut und mit Nachdruck, um eine unverzügliche Abkoppelung der Stromkraftwerke. Wir fordern auch, dass die Frage der Standortseignung wiederaufgenommen und miteinbezogen wird, da die Erdbebengefahr in der Tat vorhanden ist. Auch wenn Energiepolitik ein nationales Anliegen ist, wie Sie daran erinnert haben, Herr HOEFFEL, können wir uns nicht von Sicherheitsfragen abkehren, da wir kommunale und regionale Mandatsträger sind.

Die Erdbebensicherheit ist also eine wichtige Frage. Der Rheinseitenkanal verläuft in unmittelbarer Entfernung und wenn etwas passiert, wie das, was wir in den zwei Extremfällen der Vergangenheit erlebt haben, wird das Wasser in das Kernkraftwerk eindringen, ohne dass man etwas dagegen tun kann. Dann sind wir in der gleichen Lage wie in Fukushima.

Die Fachleute, mitunter diejenigen der Sicherheitskommission, stellen fest, dass Materialien veraltet sind, der Reaktormantel unzulänglich und die Druckmesser des Notkühlungssystems schadhaft sind. Ein Betonsockel ist sehr dünn und es ist kein Rückhaltebecken vorhanden.

Außerdem befindet sich das Kühlbecken der abgenutzten Brennstäbe draußen und es ist auch kein Schutz gegen die Gefahr eines möglichen Flugzeugabsturzes vorhanden. Auch nicht gegen Terroranschläge. Das wurde mehrfach hervorgehoben.

Unser Gebiet ist sehr dicht besiedelt. Sollte etwas passieren, bringen wir eine Million Einwohner dieses weiten Bereichs in Gefahr. Wir wünschen demzufolge, dass der Oberrheinrat Stellung bezieht und die sofortige Stilllegung Fessenheims beantragt.

Ich danke Ihnen sehr, dass Sie mich haben aussprechen lassen.

Herr RICHERT:

Danke. Das Wort hat Herr HOEFFEL.

Herr HOEFFEL:

Nur ein Punkt zur Information. Ja, unsere Kommission wurde, in der Tat, von unserem Kollegen, Herrn PIX mit einem Antrag zur Schließung des Atomkraftwerks Fessenheim befasst.

Die Zusammensetzung unserer Kommission, zum Zeitpunkt dieser Diskussion, war so, dass ich den Eindruck hatte, dass sie sehr aufgeteilt war. Wir sind, sowohl die einen wie die anderen, der Meinung gewesen, dass die Weisheit uns gebot einer Kompromiss-Formulierung im Resolutionsentwurf die Tür nicht zu versperren, denn der Antrag wurde ja in zwei Kommissionen gestellt, wobei jede eine andere Sichtweise dieses Problems vertritt.

Ich muss die einen wie die anderen loben, die, ohne auf ihre eigenen Überzeugung zu verzichten, sich damit einverstanden erklärt haben, dass wir eine Formulierung ersinnen – und das ist der Sinn der heutigen Sitzung – eine Formulierung, welche eine Höchstzahl an Befürwortern gewinnt, wie unser Präsident es vorhin zum Ausdruck gebracht hat. Sowie die Weisheit es gebieten würde, nämlich nicht etwa eine undeutliche Formulierung unserer Stellungnahme, sondern eine Formulierung, die uns im neuen Rahmen, der uns gegeben wird, eine Weiterarbeit ermöglicht.

Ich glaube, dass wir so richtig gehandelt haben, denn seit unserer Sitzung hat sich die Nationalpolitik des einen oder anderen Landes geändert. Andere sind immer noch schwankend und wir wären mit einer verfrühten Stellungnahme Gefahr gelaufen, von einer gewissen Anzahl von Ereignissen überrollt zu werden.

Deshalb sollten Weisheit und Vernunft uns dazu führen, uns der Meinung anzuschließen, die unser Vorsitzender uns vorschlägt und die uns die Möglichkeit bietet, erneut an diesem extrem heiklen Problem zu arbeiten, das auf keinen Fall vom Oberrheinrat begraben werden darf. Denn wer kann heute schon mit Gewissheit behaupten, er würde allein die Wahrheit besitzen in einem so veränderlichen und komplexen Bereich, den wir bereit waren heute in aller Bescheidenheit hinsichtlich unseres jeweiligen Wissenstandes anzugehen.

Herr RICHERT:

Ich möchte noch kurz etwas zu den Äußerungen von Andrée BUCHMANN sagen. Das Präsidium, das mit dieser Angelegenheit befasst wurde, hat dieses Thema zwei Mal erörtert. Der Antrag, der heute vorgeschlagen wird, wurde einstimmig von allen Vertretern unserer drei Länder angenommen, die sich mit einer Stimme über ein wichtiges Thema äußern.

Es geht nicht darum, sich vorzustellen, das Präsidium hätte versucht, wie Charles BUTTNER es zuvor gesagt hat, die Bedeutung des Themas zu mindern. Darum geht es nicht. Es geht darum, Stellung zu beziehen, um zu schauen, wie die Atomsicherheit unseres Gebiets insgesamt und auf höchst effiziente und vollständige Weise gewährleistet werden kann.

Sie sagten in Bezug auf die Schweiz, dass es zu Stilllegungen kommen wird. Ich schaue nach dem angegebenen Datum und zwar sind die letzten Stilllegungen für das Jahr 2034 vorgesehen. Somit hätten wir lediglich noch 23 Jahre vor uns. Ich meine, wir können uns während diesen 23 Jahren mit dem Istzustand befassen. Der Beschluss der Stilllegung hat nicht zu bedeuten, dass wir uns für diese 23 Jahre nicht interessieren würden. Es müssen alle

Atomkraftwerke während des gesamten Zeitabschnitts betrachtet werden. Dabei soll weder der eine noch die anderen gebrandmarkt werden. Es soll dafür gesorgt werden, dass wir am Oberrhein ein Höchstmaß an Sicherheit gewährleisten, was wir unseren Mitbürgern schuldig sind.

Es laufen z.Zt. Studien zur Neubewertung der Risiken. Wir werden uns die Ergebnisse dieser Studien, die mitgeteilt werden sollen, anschauen. Es handelt sich um international erstellte Arbeiten, wobei fast alle Empfänger sich mit dieser Maßnahme zugunsten einer Öffnung den anderen Ländern gegenüber einverstanden erklärt haben, um Wissen und Fachwissen auf dem eigenen Hoheitsgebiet zu teilen.

Von da ausgehend, werden ergänzende Maßnahmen hinzukommen, die ich schon erwähnte und die wir bereit sind, in unsere Resolution oder in eine Stellungnahme zu integrieren. Diese müssten später noch, im Rahmen der kommenden Arbeit, die Daniel HOEFFEL vor einigen Augenblicken gerade freundlicherweise erläutert hat, weiterentwickelt werden.

Es soll hier also nicht darum gehen, einen möglichst resoluten Anspruch abzublocken. Wichtig ist, dass man sich das mit der Haltung anschaut, dass es keinen Grund gibt, wieso man sich jetzt an *eine* bestimmte Akte heranmachen sollte und dabei übersehen wollte, dass alle anderen für die kommenden Jahrzehnte auf gleiche Weise Beachtung verdienen und mit der selben Akribie, dem selben Ernst, dem selben Willen unsere Mitbürger zu schützen, angegangen werden sollten. Diese Betrachtung hat uns im Präsidium zu der Stellungnahme geführt, die ich vorhin dargelegt habe und die auf der Grundlage der Arbeiten zweier Kommissionen, nämlich der Kommission „Landwirtschaft und Umwelt“ und der Kommission „Wirtschaftsförderung und Arbeitsmarkt“ erarbeitet wurde.

Es lag mir soeben daran, den Rahmen, in dem wir uns bewegt haben, zu präzisieren. Es entsprach nicht dem Willen, etwas nicht in Umlauf zu bringen oder es zu versäumen. Das lag daran, dass das Präsidium einfach die vor ihm liegende Arbeit unter Berücksichtigung der Erfordernisse der von uns bestimmten Vorgehensweisen erledigt hat, wobei diese den Wünschen der einen sowohl wie auch der anderen Rechnung tragen müssen. Diese Vorgehensweisen müssen eingehalten werden, damit nicht ein irgendwie gearteter Verdacht aufkommt, dass hier eine Vorlage vorgestellt wird, die entweder, von den einen oder von den anderen herrühren könnte. Es handelt sich also bei dem von mir Vorgetragenen ausdrücklich um die Vorlage des Präsidiums, denn sie ist das Ergebnis der geleisteten Arbeit.

Und dabei darf hier jeder noch zu Wort kommen. Das Wort hat nun Antoine HOME.

Herr HOME:

Danke, Herr Vorsitzender. Wie Andrée BUCHMANN es sagte, die elsässischen Sozialisten sind Für den Resolutionsentwurf, der in dieser Sitzung verteilt und von Andrée BUCHMANN vorhin vorgetragen wurde. Warum? Weil er das darstellt, was Sie vorschlagen, Herr Vorstandsvorsitzender. Es ist ja klar, da wir Atomkraftwerke in unseren drei Ländern aufweisen, dass wir selbstverständlich fordern, dass mit maximalen Vorsichts- und Sicherheitsmaßnahmen vorgegangen wird. Das liegt ja wohl auf der Hand.

Heute ist der Oberrhein im Plenum versammelt und wir haben somit die Gelegenheit, uns grenzüberschreitend an die gesamte Öffentlichkeit, quer durch alle Meinungen, zu wenden. Wenn wir eine solche Resolution annehmen würden, würden wir damit zeigen, dass wir, die Franzosen – ich versetze mich in die Lage eines französischen Bürgers – unseren Blick nicht

um uns herum schweifen lassen. Wir befinden uns hier in einem Gremium, das zutiefst vom europäischen Geist geprägt ist. Wie könnten wir hier am Oberrhein die bereits erwähnten jüngsten Beschlüsse hinsichtlich des Nuklearausstiegs sowohl in Deutschland, wie auch in der Schweiz, keine Beachtung schenken? Wir wollen sie begrüßen, denn sie stellen eine echte und mutige politische Handlung dar.

Wir sind der Ansicht, dass die Resolution, wie Sie von Ihnen vorgeschlagen wird, nicht mit der Lage der Dinge übereinstimmt und auch nicht mit dem Wunsch unserer Mitbürger und der Ansicht, dass Atomkraft als Energiequelle der Vergangenheit angehört. Es ist eine gefährliche Energiequelle. Wir haben es jetzt zu genüge erfahren. Sie haben von Fukushima gesprochen. Wir sind der Meinung, dass es zu den Aufgaben des Oberrheins gehören würde, eine politische Stellungnahme über dieses Thema von sich zu geben.

In dieser Hinsicht sind sich hier drei Bürgernationen eins. Nur Frankreich hält Abstand in Bezug auf unsere deutschen und schweizerischen Partner. Ich würde es demnach für richtig halten, wenn der Oberrheinrat die Möglichkeit hätte, zu unserem Resolutionsentwurf Stellung nehmen zu können. Es gibt ja außerdem Gründe, wie sie von Andrée BUCHMANN in Erinnerung gerufen wurden, die an der Erdbebengefährdung des Rheintals liegen sowie an den Betriebsbedingungen des Kernkraftwerks. Das Ganze bildet eine Reihe ausreichender praktischer Argumente, sodass der Oberrheinrat die französische Regierung auffordern könnte, in dieser Angelegenheit voran zu gehen.

Im Vergleich mit unseren schweizerischen und deutschen Nachbarn muss hier in unserem Land, in Frankreich, noch eine große Überzeugungsarbeit hinsichtlich dieses Themas, sowie in Bezug auf die Vielfalt neuer Energiequellen geleistet werden. Sie haben natürlich darauf hingewiesen, Herr Vorsitzender, dass unsere schweizerischen und deutschen Freunde ihre Atomkraftwerke nicht sofort stilllegen werden. Wenn es in Frankreich einen programmierten Ausstieg aus der Atomkraft gäbe, wäre das hier selbstverständlich auch so. Wir sind ja alle sachlich und realistisch. Wir wissen, dass es zu allem der notwendigen Zeit bedarf, dass man auch der Zeit etwas Zeit lassen, wie Präsident François MITTERAND es so schön sagte.

Aber wesentlich ist doch, dass die Richtung klar gegeben wird. Ich betrachte es so, dass wenn man sich heute auf eine rein verwaltungstechnische Resolution beschränkt, wie sie hier von der Kommission vorgeschlagen wird, wir Abstand zu der Tatsache halten, dass wir eine eindeutig politische Resolution, im edelsten Sinne des Wortes, jenseits aller politischer Spaltungen und aller nationalen Unterschiede annehmen sollten. Und ich meine, dass eine zutiefst europäisch ausgerichtete Resolution mit grenzüberschreitendem Charakter in der Tat darin bestünde, die französische Regierung aufzufordern, das Atomkraftwerk Fessenheim stillzulegen.

Aus diesem Grund rufe ich Sie dazu auf, diese von uns dargestellte Position zu unterstützen.

Herr RICHERT :

Danke. Das Wort hat der Vorsitzende, Willi STÄCHELE.

Herr Willi STÄCHELE:

Herr Präsident, meine liebe Kolleginnen und Kollegen, zunächst mal will ich dem Präsidenten danken für die Darstellung dessen, was wir im Vorstand diskutiert haben. In der Tat, das Thema beschäftigt und bewegt uns sehr. Andererseits darf man die Ausgangslage nicht verkennen, die da heißt: Es gibt

unterschiedliche nationale Kompetenzen. Im Ergebnis: Wir haben Ausstiegsbeschlüsse in der Schweiz und wir haben Ausstiegsbeschlüsse und Ausstiegsbeschluss in Deutschland. Es gibt sicherlich unterschiedliche Auffassungen, was die Sicherheitsanforderung anbelangt, aber das gemeinsame Bemühen, zu höchstmöglicher Sicherheit zu kommen, ist unbestritten!

Deswegen jetzt das Bemühen auf europäischer Ebene mit einem gemeinsamen Sicherheitsstandard, einheitliche Prüfungen und Schlussfolgerungen zu ziehen. Und Andererseits in den Ländern, das ergänzende Bemühen, so zum Beispiel in Deutschland, diese Sicherheitsstandards doch zu erweitern, um daraus entsprechende Schlussfolgerungen ziehen zu können.

Wir haben jetzt die Frage vor uns, inwieweit wir uns zunächst mal mit dieser Ausgangslage zurechtfinden. Deswegen, in der Tat, die Möglichkeit so wie in der Resolution gefasst, aber gleichzeitig mit einer Öffnung –so wie es der Präsident angedeutet hat– alles was im Prozess ist an weitergehenden Sicherheitsanforderungen über das Lastenheft, das jetzt von der Europäischen Union ausgelegt ist, weiterhin im Sinne der gemeinsamen Anstrengung in Fortsetzung zu bringen. Das ist der Punkt, der ganz wichtig ist.

Also, die Frage „Jetzt Verabschiedung, ja oder nein“ ist in der großen Mehrheit im Vorstand im Sinne der Verabschiedung erkannt worden, aber gleichermaßen haben wir uns verständigt, dass das, was dann im Rahmen des Lastenhefts geprüft wird, nicht im Rahmen bleibt, sondern ausgehend von dem Lastenheft der Europäischen Union sollen weitere Sicherheitsstandards tatsächlich dann im Wege weiterer Kommissionsarbeit zu grenzüberschreitender Angelegenheit und zu grenzüberschreitenden Prüfstandards gemacht werden können.

Insofern denke ich, mit dieser Ergänzung kann man diese Resolution in dieser Form auch fassen, wenn man wirklich gewillt bzw. entschlossen ist, nicht oberlehrerhaft irgendwo einzugreifen noch anderen, die aus eigener Kompetenz handeln, Vorschriften zu machen.

Herr RICHERT:

Danke. Das Wort hat Pascal MANGIN.

Herr Pascal MANGIN:

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender. An diesem Punkt der Diskussion angelangt, möchte ich einige Punkte in Erinnerung rufen, die mir wichtig vorkommen.

Ich möchte zunächst betonen dass der Oberrheinrat ein Gremium ist, dass sich der Probleme annimmt, die im Oberrheinraum zu Tage treten, aber das ein Entscheidungsverfahren hat, das so beschaffen ist, dass wir ein Risiko laufen, nämlich, dass es zu gar keiner Resolution kommt. Wenn sich gar keine Entschließung ergäbe, würde das bedeuten, dass wir uns überhaupt nicht für das Problem interessieren. Auf diesen Punkt möchte ich also zuerst aufmerksam machen.

Zweitens habe ich doch den Eindruck, dass die Frage, die sich heute im Oberrheinraum stellt so lautet: Wie kann man die Informationen über die wir getrennt verfügen, zusammenlegen und eine Sicherheit gewährleisten und zwar wie auch immer der Unfall an irgendeinem Standort mit Auswirkungen jenseits der Grenzen, wobei alles andere, alles in allem, bis auf Weiteres, den Entscheidungen der jeweiligen Staaten unterliegt, wie es bisher auch geschah.

Der Oberrheinrat ist der Meinung, dass was wir hinzusteuern und beitragen können, doch darin besteht, zu verdeutlichen, dass wir eine grenzüberschreitende Transparenz benötigen und andererseits, einen gemeinsamen Sicherheitsstandard auf beiden Seiten der Grenzen.

Drittens schließlich, möchte ich betonen, dass eine Diskussion, die sich nur um die Stilllegung eines einzigen Kernkraftwerkes dreht, wenig Sinn macht. Es würde noch weniger Sinn machen, als sie nicht mit einer allgemein gefassten Diskussion über Politik und Energiepolitik einherginge.

Was nützt es denn zu sagen, dass wir dieses oder jenes Kernkraftwerk stilllegen werden? Wir packen Fessenheim an und könnten dabei genauso gut ein anderes anpacken, das sich etwas weiter weg befindet, ohne gleichzeitig in eine Diskussion über die Frage der Energiesicherheit und -Unabhängigkeit zu steigen, zumindest im Umfang unseres Gebiets.

Ich möchte damit sagen, dass die Position des Vorstands mir am vernünftigsten vorkommt. Sie zeigt, dass wir ein wahres politisches Bewusstsein von dem haben, was im Oberrheinraum geschieht, dass wir uns mit dem Problem beschäftigen und dass wir eine gewisse Anzahl an Verbesserungen fordern. Gleichzeitig zeigt sie, dass wenn wir die Stilllegung eines Kernkraftwerkes beantragen würden, diese Forderung mit einer Diskussion über Energieeffizienz und -Unabhängigkeit einhergehen würde. Das ist übrigens vielleicht ein Thema, mit dem der Oberrheinrat sich, unabhängig von der Frage der Stilllegung dieses oder jene Kernkraftwerkes, befassen könnte

Danke, Herr Vorsitzender.

Herr RICHERT:

Danke. Ich gebe somit Herrn PIX das Wort.

Herr Reinhold PIX:

Herr Vorsitzender, Herr Präsident, meine Damen und Herren, mein Name ist Reinhold PIX. Ich bin heute schon mehrfach zitiert worden; deswegen fühle ich geradezu in mir die Notwendigkeit jetzt ganz kurz etwas zu sagen.

Herr FLEISCHER, Sie drehen sich extra um; das finde ich toll, denn ich wollte Sie gerade zitieren. Der Herr FLEISCHER und ich sind seit schon mindestens 25 oder 30 Jahren politische Weggefährten und es ist mir noch ein Zitat in Erinnerung. Ich nenne es inzwischen gern „Fleischer-Doktrin“. In der Diskussion über die Stilllegung Fessenheims hat der Kollege FLEISCHER immer den Sicherheitsvergleich mit Neckarwestheim gebracht, den Sie übrigens in Ihrem Resolutionsvorschlag mit dem Zusatz zum Stand fälschlich beziffert haben: Es ist nicht vorübergehend stillgelegt, sondern es ist stillgelegt. Ja, Neckarwestheim ist stillgelegt. So.

Herr Fleischer hat immer gern die Ansicht vertreten: Solange es keinen Nachweis gibt, dass die Sicherheit des Kernkraftwerkes Neckarwestheim ein Risiko darstellt, können wir auch nicht fordern, dass Fessenheim stillgelegt wird. Jetzt ist also Neckarwestheim stillgelegt. Ich bin der Meinung, dass nur ein stillgelegtes Kernkraftwerk den allerhöchsten Sicherheitsansprüchen genügt, denn nur ein stillgelegtes Kraftwerk ist richtig sicher. So. Und demnach müsste man, wenn man der Fleischer-Doktrin Folge leisten würde, auch die Forderung erheben, dass Fessenheim stillgelegt wird. Das möchte ich zum einen sagen.

Zum anderen möchte ich auch die Frau Landrätin gerne nochmal ansprechen, die jetzt eine unglaublich schwierige Aufgabe hat, nachdem festgestellt wurde, dass der bisherige Evakuierungsradius von 8 km rund um Fessenheim auf deutscher Seite, nach Fukushima, als nicht ausreichend gesehen wird, sondern beschlossen wurde, dass man den auf 25 km ausdehnen muss und dadurch über eine halbe Million Menschen betroffen sind, die dann im Falle eines Unfalles evakuiert werden müssen. Auf französischer Seite ist es wahrscheinlich ähnlich schlimm.

Das heißt also, wir haben diese Sicherheitsstandards, die hier in ihrem Resolutionsvorschlag stehen, wie Sie ihn jetzt vom Vorstand aus eingebracht haben, nicht. Diese Sicherheitsleistung ist nicht gegeben. Da können Sie noch so offen und so transparent informieren: Die Bevölkerung des Oberrheins glaubt Ihnen hier nicht mehr. Die Bevölkerung möchte auch nicht, dass so ein Papier, wie es heute hier von Ihnen vorgeschlagen wird, verabschiedet wird, weil es gar niemand mehr interessiert. Ich würde eher dafür plädieren, bevor wir so ein Papier verabschieden, lieber gar keins zu verabschieden.

Ich meine, das fällt weit hinter die Zeit Fukushimas zurück. Sie haben offensichtlich nicht gelernt, dass es keine Sicherheit gibt. Sie können diese Sicherheitsgarantie hier für Fessenheim nicht geben und deswegen konzentrieren wir uns heute auf Fessenheim und nicht auf irgend welche andere weitere Kernkraftwerke, egal ob in der Schweiz, in der Pfalz oder in Frankreich, sondern ausschließlich auf Fessenheim, weil Fessenheim von seinem Alter her, von seinen Risiken her, von seinem Standort her den größten Risikofaktor überhaupt darstellt.

Deswegen haben wir diesen Antrag so eingebracht. Und deswegen würde ich vorschlagen, dass wir heute keine ideologischen Grabenkriege über Energiepolitiken der verschiedenen Staaten führen, denn das wäre ein gordischer Knoten, den wir hier nicht durchschlagen können. Sie haben in Frankreich eine andere Atom- und Energiepolitik. Wir haben in Deutschland eine andere und wir haben eine andere in der Schweiz. Sie wird in Bern, in Paris und in Berlin gemacht und nicht hier in Straßburg. Wir sollten einfach respektieren, dass die Länder unterschiedliche Auffassungen haben, was ihre Energiepolitik angeht. Und wir sollten uns auf das konzentrieren, was uns alle gemeinsam angeht, nämlich diesen wirklich veralteten Reaktor in Fessenheim. Und deswegen ist unser Anliegen, dass wir die französische Regierung bitten, dieses Kernkraftwerk zu schließen.

Und ich mache jetzt als Vorschlag zur Abstimmung, dass wir erst unseren Antrag abstimmen; ich meine den Fessenheim-Antrag. Falls die Mehrheit nicht bereit ist, dem nachzukommen, dass wir dann die ersten zwei Zeilen unseres Antrags in ihren Antrag vom Vorstand einfügen. Falls die Mehrheit damit auch nicht einverstanden ist, dass wir dann leider diesen Vorstandsantrag ablehnen müssen.

Herr RICHERT:

Sie haben das Wort.

Herr Johannes STOBER

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte mich als erstes vorstellen. Ich heiße Johannes STOBER. Ich bin Abgeordneter der SPD aus Baden-Württemberg. Ich bin hier das erste Mal da und nehme damit auch zum ersten Mal die Kultur dieses Gremiums sozusagen wahr. Was, glaube ich, klar ist und was uns allen bewusst sein muss (es wurde auch mehrfach angesprochen): Wir kommen aus drei

verschiedenen Ländern mit einem jeweils anderen Diskussionsstand. Wir haben in Deutschland nach langen Grabenkämpfen sage ich auch mal, inzwischen eine Linie, die sehr stark in die gleiche Richtung geht. Wir haben ja den Atomausstieg beschlossen. Es wurde ja auch angesprochen. Wir haben in der Schweiz die Situation, dass auch der Atomausstieg, auf einem deutlich längeren Zeithorizont beschlossen wurde und wir haben eine Diskussion in Frankreich – es ist ja auch letzten Endes der Antrag einer französischen Grünen in Opposition zu dem Handeln der eigenen französischen Regierung – ein Diskussionsprozess, den dieses Land offenbar braucht.

Womit ich mich schwer tue, ist letzten Endes in französische Entscheidungen direkt einzugreifen und zu entscheiden, zu sagen: Ich möchte an einer bestimmten Stelle eine bestimmte Forschungseinrichtung haben, wie hier in Fessenheim. Damit tue ich mich schwer.

Was ich aber wichtig finde in dieser Resolution als Ganzes ist, dass wir die gesamte Thematik aufgreifen und zwar, dass es nicht nur um die Frage des Atomausstiegs und der Sicherheit und Zukunft der Kernkraftwerke geht, sondern bei einem Umstieg, Ausstieg auch um die Frage der Energiesicherheit, Energieversorgung. Das wurde von dem Kollegen aus Frankreich angesprochen. Herr HOEFFEL hat das Thema Ausbau erneuerbarer Energien – mehr Energieeffizienz angesprochen. Das sind alles aber Themen, die sich in dieser Resolution nicht wiederfinden; die richtigerweise angesprochen worden sind, die sich aber in dieser Resolution nicht wiederfinden.

Und ich habe als Deutscher, als Baden-Württembergischer Abgeordneter mit einem Satz oder mit einem Satz ein ganz konkretes Problem und das will ich auch ansprechen und zwar: Wir haben jetzt den Stresstest auf Europäischer Ebene auf den ja jetzt hier immer noch Bezug genommen wird, zumindest im Text – Sie haben es ein bisschen anders in ihren Formulierungen in ihrer Einleitung beschrieben gehabt, Herr RICHERT – sondern wir haben immer noch die Situation, dass die deutschen Standards über den europäischen liegen und das heißt auch, dass z. B. das Thema Terrorangriffe für uns ein ganz, ganz entscheidendes Kriterium ist, das auch mit dazu beigetragen hat, dass wir acht Atomkraftwerke stillgelegt haben.

Und diese Formulierung hier benennt immer noch „*die gleichen (...) Sicherheitsvorschriften*“ und Vorkehrungen und bezieht sich auf das Lastenheft auf europäischer Ebene. Für Deutschland ist das weiterhin eine Absenkung der Sicherheitsstandards und das ist eine Sache, die ich meinen Bürgerinnen und Bürgern niemals erklären kann. Wenn überhaupt.

Ich habe das grundsätzlich in Frage gestellt, ob man diese Resolution jetzt so fassen soll. Da sind viele Bereiche die wichtig sind, wo ich auch glaube, dass wir zur Einigkeit kommen können, eher als bei der Frage der Zukunft der Atomkraftwerke, d. h. der Umstieg auf erneuerbare, aber dass man dann zumindest an dieser Stelle umformulieren muss und nicht von gleichen Vorschriften reden darf, sondern von möglichst großen – wie habe ich es geschrieben gehabt ? – möglichst hohen Vorschriften und dass man davon reden muss, dass man das europäische Lastenheft weiterentwickelt.

Das ist ein Minimum, dass wir nicht eine Situation haben, in der wir durch das, was wir hier beschließen von unserer eigenen Position letzten Endes zurückfallen. Das zu diesem konkreten, für uns sehr sensiblen Absatz. Gleichzeitig aber nochmal die Frage hier in die Runde: Macht es Sinn letzten Endes, sich nur auf das Thema „Atomkraftwerke-Abschaltung? Ja/Nein“ zu konzentrieren, ohne gleichzeitig die damit verbundenen Fragen „Ausbau der

erneuerbaren Energien, Energieeffizienz“, was bei uns in Deutschland ja auch ein sehr, sehr großes Thema ist, mitzudiskutieren.

Herr RICHERT:

Danke. Bezüglich dieser Wortmeldung möchte ich sagen, dass ein Vorschlag zum letzten von Ihnen erwähnten Punkt erfolgen wird, hinsichtlich der Neubewertung und Einbeziehung der höchsten Sicherheitsstandards, die berücksichtigt werden müssen. Dieser Vorschlag wird im Kommenden von Willi STÄCHELE vorgestellt. Erwähnt hatte ich ihn schon in meiner Einleitung.

Wir werden nun versuchen, eine Änderung vorzuschlagen, um das bereits am Anfang einzubauen, damit gleichverständlich wird, dass es nicht nur darum geht, den gegenwärtigen Standard oder die auf europäischer Ebene festgesetzten Sicherheitsstandards zu berücksichtigen. Es geht eindeutig um die künftige Festlegung höherer Sicherheitsstandards, wie sie z. Zt. erarbeitet werden.

Ich habe wohl verstanden, dass ich nicht so ganz auf dem jüngsten Stand bin und dass es immer gut ist, wenn man ermahnt wird, weil dargelegt wird, dass der eine oder andere über umfangreiche Kenntnisse verfügt. Das gibt es auf jedem Gebiet. Ich will gern berücksichtigen, dass andere über bessere Kenntnisse verfügen.

Persönlich betrachtet, bleibe ich weiterhin der Meinung, dass es schwierig wird, wenn man sich nur für ein Kernkraftwerk interessiert, weil dieses nicht unbedingt das Älteste darstellt. Für uns, wie auch immer die Situation, scheint es wichtig alle Problemkreise, wie sie nun sind, einer Gesamtbetrachtung zu unterwerfen. Wenn hier in der einen Resolution die Rede ist von einer „*Stilllegung des Atomkraftwerks Fessenheim mit sofortiger Wirkung*“, während wir bei ggf. bei anderen, auch wenn eine Stilllegung grundsätzlich schon in Gang ist, die Sache auf 20 oder 30 Jahre betrachten, dann sprechen wir doch nicht von wirklich vergleichbaren Situationen.

Aus diesem Grund meine ich, dass die Position, die auf der Grundlage der Arbeiten beider Kommissionen, im Rahmen der vom Vorstand geleisteten Arbeit im Sinne eines Resolutionsentwurfs, festgelegt wurde, dafür Sorge trägt, Herr HOME, dass kein einzelnes Kernkraftwerk gebrandmarkt wird, sondern, dass alle Kernkraftwerke insgesamt dem gleichen Sicherheitsstandard entsprechen sollen. Das scheint mir wichtig. Ich glaube nicht dass man, ob man jetzt Franzose, Deutscher oder Schweizer ist, einfach so ein Kernkraftwerk angreifen kann. Ich kann das, persönlich gesehen, nicht befürworten, dass man einfach so ein einzelnes Kernkraftwerk angreift.

Sie sind nun mal Franzose und greifen Fessenheim an. Ich denke, es müssen alle Kernkraftwerke insgesamt auf gleiche Weise in Betracht genommen werden. Das habe ich erklärt. Sobald Sie, wie in der von Ihnen unterstützten Resolution, die sofortige Schließung des KKW Fessenheim verlangen, machen Sie doch aus Fessenheim einen Sonderfall im Vergleich mit anderen KKW. Ich glaube nicht, dass das, verglichen mit dem Ansatz, den wir vorschlagen, die richtige Lösung ist. Das ist meine persönliche Meinung und jeder darf seine eigene Meinung in dieser Hinsicht haben.

Es waren hier noch einige übrigen Wortmeldungen. Das Wort hat die Frau Landrätin.

Frau Dorothea STÖRR-RITTER:

Vielen Dank Herr Präsident. Um auf die letzte Frage meines Vorredners zu antworten: Ich glaube, wir sollten die Resolution nicht überfrachten mit Anregungen, wie wir alle mit dem Thema in Zukunft umgehen sollen. Das ist sicherlich natürlich unabdingbar mit der Frage verbunden, also wie wir künftig Energie erzeugen wollen, aber ich glaube, dieses Gremium wäre überfordert heute, dazu zumindest eine Aufforderung zu erteilen. Ich glaube, wir sollten uns auf eine Aussage konzentrieren und das Papier nicht überfrachten.

Aber, zu der anderen Sache. Herr PIX hat mich direkt angesprochen. Es ist natürlich richtig, dass viele Gemeinden entlang der Grenze, die sich auch in der Mehrzahl im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald befinden, eine Stilllegung von Fessenheim gefordert haben. Auch der Landkreis hat sich mehrheitlich mit einstimmigem Beschluss für diese Bitte an die französischen Freunde zu richten, ausgesprochen. Aber ich glaube, es ist natürlich ein Unterschied, ob ein nationales Gremium entscheidet und dann entsprechende Bitten daraus anschließt, oder ob ein Gremium wie das unsrige heute zu entscheiden hat.

Ich glaube, wir sollten uns darüber klar werden, dass wir hier ein Gremium sind, was für alle drei Staaten gleichermaßen sprechen soll und nicht nur für einen Staat sprechen kann, sonst wäre dieses Gremium, glaube ich, nicht sinnvoll.

Dieses Gremium kann deshalb auch nicht ohne weiteres Beschlüsse übernehmen, die nur in einem Nationalstaat gefällt werden, sondern dieses Gremium muss sich darauf einigen, einen Beschluss zu führen oder herbeizuführen, den alle mittragen können.

Und ich habe großen Respekt davor, wenn man hier jetzt zu einer Resolution kommt, die natürlich nicht dezidiert alles beinhalten kann, was jeder Einzelne von uns sich vorstellt, die aber in ihrer Kernaussage, glaube ich, doch einen Fortschritt in der Frage „Künftige Energiepolitik“ für diese drei Staaten bedeutet.

Und ich lege in dem Zusammenhang auch großen Wert auf den letzten Absatz, in dem dann steht, dass wir gemeinsam an dem Thema weiterarbeiten, dass u. U. auch in einer Fortführung dieser Resolution andere Anliegen formuliert werden könnten. Aber ich glaube, im Hinblick der unterschiedlichen Meinungsstände in unseren drei Staaten ist es richtig, uns dafür auch Zeit zu nehmen.

Denn ich erinnere nochmal an die Diskussion in unseren nationalen Gremien: Da haben wir sehr wohl auch die Kraftwerke in der Schweiz thematisiert. Da gibt es durchaus Parallelen, auch zum Kernkraftwerk Fessenheim und es wäre dann in einem nächsten Schritt erforderlich wirklich auch andere Kraftwerke mit hier aufzunehmen. Aber ich möchte nochmal betonen, dass ich meine, wenn wir uns verabreden – und ich glaube, wir werden gar nicht umhin kommen - wenn wir uns verabreden, uns jetzt kontinuierlich mit diesem Thema zu beschäftigen und eben dann in unseren einzelnen Ausschüssen auch in die Details einzusteigen und uns dann auch die Möglichkeit geben, auch zu Einzelfällen gemeinsame Erklärungen zu finden, dann sollten wir uns diese Zeit nehmen.

Ich glaube, es wäre wirklich wichtig, dass heute aus diesem Gremium eine ganz eindeutige Meinung hinausgetragen wird. Aber diese werden wir natürlich nur erzielen, – und ich möchte nochmal darauf zurückkommen – wenn wir respektieren, dass hier drei Länder gemeinsam sprechen wollen und diese Chance sollten wir allen Beteiligten auch einräumen.

Herr RICHERT:

Das Wort hat Frau Barbara SCHLEICHER-ROHTMUND

Frau SCHLEICHER-ROTHMUND:

Ja, Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, als Sozialdemokratin aus Deutschland ist es für mich auch so, dass das Papier an einzelnen Stellen natürlich nicht weit genug geht. Und trotzdem werbe ich für diese Resolution.

Die Einflussmöglichkeiten des Oberrheinrates an dieser Stelle sind sicherlich begrenzt. Wir sind ein grenzüberschreitendes Gremium und Energiepolitik ist ein wesentliches Politikfeld und es ist eben auch ein Politikfeld, was grenzüberschreitend wirksam wird. Von daher glaube ich, hat die Bevölkerung ein Recht darauf, dass wir auch uns an dieser Ecke dazu äußern. Schweigen wäre meiner Ansicht nach ein Fehler, weil sich die Leute dann irgendwann mal fragen würden: Wofür haben wir eigentlich grenzüberschreitende Gremien, wenn sie dann an wirklich zentralen, grenzüberschreitenden Punkten nichts sagen?

Wir sollten uns aber meiner Ansicht nach nicht in einzelne Details einmischen oder nur die ansprechen, weil dann vielleicht auch die Bevölkerung fragen würde: Warum steht denn da nur etwas zu Fessenheim? Was ist denn mit den anderen?

Wir müssen uns im Klaren sein, dass die nationalen Diskussionen weitaus vielschichtiger und komplizierter sind und wir sie hier nicht zusammenführen können. Wir müssen also uns wirklich in dem Rahmen bewegen, den wir meiner Ansicht nach leisten können. Aus meiner Sicht ist dieses Papier der kleinste gemeinsame Nenner, der möglich ist, aber er ist noch nicht zum Stillstand gekommen.

Und deswegen wäre mein Vorschlag, dass wir dieser Resolution als Präambel oder hinten dran – mir egal - den Satz hinzufügen:

„Der Oberrheinrat ist sich bewusst, dass die Resolution im Lichte der aktuellen Diskussion um Atomenergie und Energiewende baldmöglichst weitergeführt werden muss“.

Damit zeigt man doch, dass hier kein statischer Punkt erlangt ist, aber dass wir eben versucht haben, diese unterschiedlichen Diskussionen zusammenzuführen. Weil, wirklich, ich plädiere nochmal für diese Resolution, gar nichts herauszugeben, wäre das falsche Zeichen. Erst jetzt recht, wo die Oberrheinkonferenz sich schon geäußert hat

Herr RICHERT:

Ich glaube, viele von uns sind bereit, das mitzunehmen. Wenn wir mit dem Beraten über unsere verschiedenen Stellungnahmen fertig sind, glaube ich, werden wir nochmal darauf zurückkommen, wenn Sie das noch geschildert haben.

Herr Gundolf FLEISCHER:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte mich in der Diskussion nur ganz kurz einmischen noch und zwar dahingehend, dass das Gesagte von mir unterstützt wird. Parlamentarisch gesehen ist es nicht der kleinste, sondern der größte gemeinsame Nenner, was wir da beschließen würden.

Im Übrigen wollte ich darauf hinweisen, dass wenn es uns wirklich um die Sache geht, dass wir dann es dort festmachen müssen, wo man am ehesten Einfluss nehmen kann, d. h.

nämlich, für alle rechts und links des Rheines Wohnenden, die höchstmögliche Sicherheit. An der Sicherheit müssen wir es fest machen und nicht an Einzelforderungen, die dann sich da heraus ergeben können, wenn die Sicherheitsforderung nicht erfüllt wird. So ist der richtige Weg und nicht umgekehrt.

Warum ich mich zu Wort gemeldet habe? Weil der Herr PIX mich vorhin falsch zitiert hat. Gestatten Sie deshalb, dass ich das ganz kurz klarstelle. Es war in Deutschland so in den achtziger und neunziger Jahren, dass die Reaktorsicherheitskommission – von uns immer wieder angefragt: Wie sieht es mit unseren Kernkraftwerken aus? – zu dem Ergebnis gekommen ist, aufgrund jährlich wiederkehrender Überprüfungen, dass Neckarwestheim als sicher zu betrachten ist. Es geht nicht jetzt um die Restrisiko-Diskussion, sondern es ging um die Sicherheits-Diskussion zu Kernkraftwerken. Auch das möchte ich klar dazu sagen.

Und nachdem da mehrfach auf unsere Intervention festgestellt wurde: Das ist sicher und da ich auch mehrfach von den Grünen hörte, dass Fessenheim nicht sicher sein soll –so war die Entwicklung – habe ich nachher dann in der Tat gebeten, dass ein Sicherheitsvergleich zwischen dem bereits nach nationalem deutschen Recht bewerteten Neckarwestheim und Fessenheim entsprechend unternommen wird.

Und das Ergebnis war dann, wie ja allseits bekannt, dass man zwar gesagt hat: Aufgrund der unterschiedlichen Reaktortypen nicht eine unmittelbare Vergleichbarkeit gegeben sei, aber die Sachverständigen kamen schließlich zum Ergebnis. Und ich hatte Fessenheim genommen – obwohl ein anderer Typ – wegen des Alters, weil insofern eine Parallelität gegeben war, dass sie aber dann zum Ergebnis kamen, auf französischer und deutscher Seite, trotz nicht unmittelbarer, totaler Vergleichbarkeit: Auch Fessenheim ist sicher. Das war damals das Ergebnis von dem, was wir eben erfragt haben. Ich möchte es gar nicht bewerten. Ich wollte nur denjenigen, die das damals nicht mitverfolgt haben, eben den tatsächlichen Werdegang gesagt haben, damit sie wissen, was hier Doktrin ist und was Indoktrin ist.

Herr RICHERT:

Vielen Dank. Das Wort hat Jacques FERNIQUE.

Herr FERNIQUE:

Danke. Ich denke, dass wenn dieser Oberrheinrat sich auf nützliche Weise in dieser Frage über verbale Aufforderungen Ausdruck verschaffen will, das in erstere Linie darum geht, – und ich denke, wir sind uns hier eins – heute mit mehr Nachdruck als zuvor zu sagen, dass die Frage der Atomsicherheit nicht mehr einzig und allein der nationalen Souveränität unterliegen kann.

Im gleichen Masse, wie einige nach Tschernobyl weiterhin gedacht haben, das Atomrisiko könne als eine theoretische Gefahr aufgefasst werden, sind sich seit Fukushima die einen wie auch die anderen bewusst, dass es sich um eine konkrete, tatsächliche Gefahr handelt, die ernsthaft in Betracht genommen werden muss.

In dieser Hinsicht scheint mir die Resolution, so wie ich sie hier vom Vorstand erstellt vorliegen habe, unterhalb dessen zu liegen, was wir sagen sollten. Wir nehmen im Übrigen zur Kenntnis – das ist der 4. Spiegelstrich– dass die Regierungen unserer drei Länder vor kurzem eine neue Bewertung in Auftrag gegeben bzw. die Regierungen unserer drei Länder haben nicht zusammen eine neue Bewertung in Auftrag gegeben, sondern jeder Staat hat seinerseits, auf spezifische Weise, einen neuen Bewertungsanlauf genommen.

Wir wissen alle um die Schwierigkeiten. Dem europäischen Kommissar ist es nicht gelungen, die britischen und die französische Regierungen, aufgrund ihres hartnäckigen Verhaltens, in der Frage der Neubewertungen, der Stresstests, von denen z.Zt. so viel die Rede ist, zur Vernunft zu bringen. Ich denke, dass wir es nicht bei Formulierungen belassen können, die mit der Wirklichkeit, wie wir sie kennen, nicht übereinstimmen und der eigentlichen Frage aus dem Weg gehen, nämlich: gleiche Sicherheitsvorschriften, Stresstests und ein auf europäischer Ebene festgelegtes Lastenheft.

Ich glaube, dass der Oberrheinrat mit Nachdruck sagen sollte, dass es widersinnig wäre, wenn die verschiedenen Standorte unseres Gebiets im weiten Sinne nicht Neubewertet, und kontrolliert und zwar von ein und den gleichen Prüfern, von ein und dem gleichen Prüfungsteam. Wir wissen es nur all zu gut hier auf französischer Seite, wie sehr unser besonderes, französisches Atomkraftsystem all zu lange nach dem Motto des sich selbst prüfenden Prüfers funktioniert hat —und das Ende davon ist noch nicht in Sicht. So gesehen scheint mir der vorgeschlagene Antrag unangemessen.

Und schließlich eine andere, zweite Aussage, die man stark unterstützen sollte, ist der Gedanke, dass man die Kunst beherrschen muss, ein veraltetes KKW nach dem anderen stillzulegen und das wir in dieser Hinsicht diesseits und jenseits unserer jeweiligen Landesgrenzen alle auf ähnliche Weise betroffen sind.

Insofern habe ich dafür Verständnis, dass es seltsam aussehen mag, auf das KKW Fessenheim mit dem Finger zu zeigen, wenn es weitere KKW im Oberrheinraum gibt. Die ganze Schwierigkeit liegt an der Art und Weise, wie unsere französische Demokratie von ihrer Tradition her die Atomfrage behandelt hat. Das ist nicht unbedingt die Art und Weise, wie Sie, die einen und die anderen, innerhalb Ihrer eigenen Grenzen diese Frage angegangen sind. Die Frage wurde hier weitgehend außerhalb der demokratischen und der parlamentarischen Ebene behandelt.

Ein Beratungsgremium, das Stellungnahmen von sich gibt, die den nationalen Rahmen überschreiten, dass sich äußern könnte, auffordern könnte und seinen Willen bekunden könnte scheint mir in gewisser Hinsicht willkommen. Es würde uns helfen, die Dinge in Bewegung zu bringen, sofern die Dinge sich bewegen lassen. Während die Deutschen und die Schweizer, wie wir es wissen, ihren politischen Entschluss bekundet haben, dass sie die Verfahren zur Stilllegung ihrer KKW allmählich einleiten und mit Entschlossenheit in die notwendige energiewirtschaftliche Übergangszeit herüber schreiten, haben die französischen Behörden dies nicht getan.

Sie haben es nicht getan und das Spiel ist noch nicht ausgespielt. Wir haben sehr darauf geachtet und haben festgestellt, dass die höchsten Vertreter des Staates —wie François FILLON, der Premierminister, der vor kurzem hier in der Nähe war— die Worte „Wir müssen Fessenheim weiter betreiben“ nicht ausgesprochen haben. Diese Worte haben sie nicht ausgesprochen. Die Reden, die jetzt gehalten werden, hätte man vor drei Monaten nicht in dieser Form zu hören bekommen.

Die Lage hat sich geändert. Sie entwickelt sich voran. Wenn der Oberrheinrat heute nützlich sein will, kann er es, indem er einerseits zum Ausdruck bringt, dass die nationale Souveränität, die sich Vorrechte nimmt in Bezug auf Prüfung, Monitoring und deren Folgen, die sie selbst ziehen will, in unserem Oberrheinraum nicht mehr annehmbar ist; und weiter,

dass man verstehen muss mitzuhelfen, mitzuschieben und mitzuziehen, damit Frankreich sich dem Prozess, der in Deutschland und in der Schweiz begonnen wurde, anpasst.

Herr RICHERT:

Danke. Ich bin überzeugt, dass sich diese Wortmeldung auswerten lässt, auch im Rahmen des Oberrheinrates.

Das Wort hat der Kommissionsvorsitzende Helmut HERSBERGER.

Herr Helmut HERSBERGER:

Sehr verehrte Damen und Herren,
ich schalte mich doch in die Diskussion ein. Der eine oder andere weiß vielleicht, dass ich maßgebend an der ursprünglichen Resolution, wie wir sie jetzt vorliegen haben beteiligt war. Ich habe sie in der Kommission Wirtschaft und Arbeitsmarkt eingereicht.

Und ich muss schon Herrn PIX und Frau BUCHMANN zurufen: Genau dieses einfache Schießen gegen Fessenheim war bei mir persönlich der Auslöser, um diese Resolution zu verfassen, weil ich überzeugt bin, dass das Schießen auf einzelne Werke in dieser Thematik der falsche Ansatz ist. Und wenn der schon falsch ist an sich, dann ist er besonders falsch für dieses Gremium. Und deswegen haben wir versucht uns zu sagen: Was ist denn eigentlich die Aufgabe eines trinationalen Parlamentes in dieser Frage? Nämlich die Situation der ganzen Metropolregion Oberrhein möglichst objektiv zu betrachten. Und dann haben wir das weiterentwickelt und gesagt, dann braucht es die analogen Sicherheitsvorschriften bei dieser Beurteilung. Und dann kommen wir vielleicht zu einer trinationalen Beurteilung, wo Handlungsbedarf am schnellsten nötig ist. Und auf diese Wochen oder Monate darf es wirklich nicht mehr ankommen, bis wir Maßnahmen einleiten.

Und das andere, da prognostiziere ich Ihnen, was passiert, was wir einfach auslösen: dass wenn Sie nach Fessenheim schießen, dann wird Frankreich auf Widerstand stellen. Wenn Deutschland nach Beznau schießt, dann werden die Schweizer sich für Beznau wehren. Das bringt uns allen überhaupt nichts in dieser Sachfrage. Und deswegen diese Resolution. Und ich wäre froh, Sie würden sie verabschieden.

Herr RICHERT:

Herr HERSBERGER, das hatte das Präsidium einstimmig dazu bewogen hatte, sich zugunsten dieses Antrages auszusprechen, welche —ich wiederhole es, da ich es zu Anfang schon gesagt hatte— ergänzt werden kann und weiterverfolgt werden muss. Daniel HOEFFEL hatte das auch schon in seiner Wortmeldung gesagt. Wir hätten da Gelegenheit, alle diese Diskussionen wieder aufzugreifen.

Es gibt hier noch eine Wortmeldung, dann werden wir diesen Punkt abschließen, um das Thema allmählich einzukreisen.

Herr Alexander SCHOCH:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
mein Name ist Alexander SCHOCH vom Landtag in Baden-Württemberg. Ich möchte doch mal dafür werben, für die Resolution von den Grünen und den Sozialisten des Elsass, weil insbesondere darin zum Ausdruck kommt, was die Bürgerinnen und Bürger aus dem Elsass, aus den deutschen Oberrheingebieten, aus der Schweiz entsprechend bewegt.

Es wurden viele Resolutionen verabschiedet, sei es in der Schweiz, sei es in Baden-Württemberg, sei es im Elsass, die sich alle für eine Schließung des KKW Fessenheim gewandt haben. Und vor dem Hintergrund erwarten auch die Bürgerinnen und Bürger, die sich mit diesen Resolutionen identifizieren, dass wir hier im Oberrheinrat eine entsprechende Forderung verabschieden. Sie erwarten auch von uns, dass wir uns für die Schließung von Fessenheim aussprechen und hier natürlich auch das deutlich machen.

Ich glaube nicht, dass es in der Öffentlichkeit verständlich sein wird, wenn wir hier keine entsprechende Resolution verabschieden, die nicht beinhaltet, das Fessenheim geschlossen werden soll. Natürlich steht es auch immer wieder in der Diskussion, andere AKWs zu schließen; das behauptet ja niemand, dass das nicht stattfinden soll und dass nicht entsprechende Sicherheitstests stattfinden sollen. Das ist auch eine Forderung, die wir in Baden-Württemberg vehement entsprechend immer wieder einbringen. Und warum wir ja auch bundesweit einen entsprechenden Ausstiegsbeschluss jetzt gefasst haben.

Ich denke, vor dem Hintergrund, einfach auch im Interesse der Resolution der Bevölkerung, die sich mit diesem Thema auseinander gesetzt haben, müssen wir eine Resolution verabschieden, die eben das Thema Fessenheim aufnimmt und die auch fordert, Fessenheim stillzulegen.

Wegen dem werbe ich hiermit noch einmal für diese Resolution. Falls diese nicht durchgehen sollte, schlage ich vor, entsprechend so zu verfahren, wie Herr PIX vorgeschlagen hat, dass wir zumindest den ersten Satz der Resolution der Grünen und der Sozialisten entsprechend aufnehmen und in die Resolution des Vorstands einfügen.

Herr RICHERT:

Danke. Ich möchte, da wir dabei sind, dieses Thema abzuschließen, Willi STAECHELE nochmal das Wort erteilen. Es geht um die Erläuterung und die konkrete Übersetzung dessen, was wir vorhin besprochen haben, dass in die vom Präsidium vorgeschlagene Resolution der Wunsch eingefügt wird, dass eine Neubewertung hinsichtlich der Sicherheitserfordernisse aufgenommen wird. Das betrifft den 5. Spiegelstrich.

Herr STÄCHELE:

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
es geht in der Tat um den fünften Absatz, fünfter Spiegelstrich, wo ich ja gern die Wortmeldung des Kollegen aufnehmen auch einige Überlegungen, wenn man dort schreiben würde – also nochmals, voll d'accord: Wir sollten die Gesamtschau nicht verlassen, also nicht einzeln, sondern die Gesamtschau betrachten – aber wir sollten dort schreiben, als Vorschlag:

„Der Oberrhein fordert, dass für alle Kraftwerksanlagen am Oberrhein die gleichen, strengen Vorschriften, höchstmögliche Sicherheitsnormen und Belastungstests für alle Risiken gelten“.

Punkt. *„Ausgangspunkt... —so geht es dann weiter— soll das Lastenheft der Europäischen Kommission sein, das mit allen Folgerungen und Konsequenzen weiterentwickelt muss“.*

Das war es in etwa; (*lachend*) fast noch besser, nicht wahr?

Herr STOBER:

Ein Punkt: Wichtig ist aber gleichzeitig, dass die jetzigen, wenn man – ich will jetzt keine Formulierung ändern – wichtig ist an der Stelle, dass die im Augenblick höheren deutschen Standards akzeptiert werden und dass niemand etwas dagegen hat, wenn einzelne Länder mit höheren Standards vorausgehen.

Herr RICHERT:

Ich möchte dem Absatz 4 etwas hinzufügen, nämlich eine Formulierung, um den gestellten Anträgen Rechnung zu tragen:

„nimmt zur Kenntnis, dass die Regierungen der drei Länder kürzlich den Auftrag für eine neue Analyse erteilt haben, einschließlich der Neubewertung sämtlicher Risiken, – der Vorschlag ist von Daniel HOEFFEL– und verlangt eine schnelle Konkretisierung“.

Es wird damit gezeigt, dass alles in die gleiche Richtung zielt. Jacques FERNIQUE sprach vor kurzem davon. Wir nehmen den Vorschlag also wieder auf und fügen ihn an dieser Stelle ein.

Jetzt noch abschließend Frau Barbara SCHLEICHER. Ihren Vorschlag hatte ich mir nicht notiert. Könnten Sie ihn bitte wiederholen?

Frau SCHLEICHER-ROTHMUND:

„Der Oberrheinrat ist sich bewusst, dass die Resolution im Lichte der aktuellen Diskussion um Atomausstieg und Energiewende baldmöglichst weitergeführt werden muss.“

Herr MARTINOLI:

Könnte ich bitte noch etwas dazu sagen? Ich fasse mich ganz kurz. Ich bin der Vertreter eines ganz kleinen Schweizer Kantons. Es handelt sich um den Jura und der Jura hat eine Kantonregierung. Diese Regierung hat Stellung bezogen. Sie hat an Herrn RICHERT ein Schreiben gerichtet mit Datum vom 30. März, mit der Bitte um sofortige Stilllegung des Betriebs des Atomkraftwerks Fessenheim.

Fessenheim ist für uns nicht ein einzelnes Bestandteil innerhalb eines großen Ganzen. Es ist keine Randerscheinung, sondern eine direkte Gefahr? Fessenheim liegt weniger als 60km von meinem Kanton entfernt. Für uns stellt es ein wichtiges Anliegen dar. Dieses wichtige Anliegen bitte ich Sie höflich gebührend zu behandeln und nicht in einer Summe von für unsere Bevölkerung nichtssagenden Argumenten zu vernebeln. Die Bevölkerung vom Jura, die Regierung des Jura, die Schweizer Regierung und das Schweizer Parlament sind alle angesichts der Entwicklung der Nukleargefahr besorgt und bitten, dass man so schnell wie möglich den Betrieb des Kernkraftwerks Fessenheim einstellt.

Herr RICHERT:

Ich habe Sie wohl verstanden. Wir haben hier eine weitere Wortmeldung aus der Schweiz.

Herr ÜBERWASSER:

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich bin nur ein einfacher Anwalt. Ich möchte gern wissen, was es ist, was ich unterschreibe und ich weiß es nicht mehr.

Die Forderung, Fessenheim zu schließen wäre eine ehrliche, vielleicht eine falsche, weil sie vom falschen Gremium kommt oder vielleicht eine im Ergebnis richtige, weil sie das

Ergebnis einer französischen Neupositionierung wäre. Ich komme nicht mehr draus, weil was ich hier ich entschließen würde – ich schaue auch Fernsehen und lese deutsche Zeitungen – ist nicht, was jetzt die deutsche Politik formal ist. Wir haben in der Schweiz einen Beschluss gefasst.

Wir haben eine neue Ausgangslage seitdem wir diese Unterlagen bekommen haben und ich werde mich deshalb der Stimme enthalten; ich werde keinen Antrag stellen, dass es in die Kommission zurückgeht. Aber ich kann dem, als Jurist und als Politiker, nicht zustimmen! Dankeschön.

Herr RICHERT:

Bitte sehr.

Herr Jürgen BÄUERLE:

Ja, Herr Präsident, meine Damen und Herren, jetzt sind wir natürlich in einer nicht ganz einfachen Situation angelangt, was die Beschlusslage angeht.

Ich denke, diese Resolution, die hier auf dem Tisch liegt, die auch ein Stück weit fortentwickelt wurde, basiert ja auf der Arbeit der beiden Ausschüsse. Die Arbeit wurde geleistet vor den Entschlüssen in Deutschland, Sofortentwicklung Atomkraft und auch im Hinblick auf die Schweiz. Und das sollten wir uns vor Augen führen; und ich denke, wir alle, wie wir hier sitzen möchten ja für unsere Raumschaft, die ja eng zusammensteht, die ja enge Verflechtungen hat, die eine hohe Bevölkerungsdichte hat, möchten wir ja die bestmögliche und die höchstmögliche Sicherheit. Das ist ja unser Ziel.

Ich denke es steht uns aber auch nicht an, uns offensiv einzumischen in die jeweilige Energiepolitik der jeweiligen Staaten. Wir als Deutsche haben jetzt die Beschlüsse, was Atomkraft angeht und die Schweiz auch. In Frankreich steht wohl die Diskussion an oder die Diskussion wird geführt, aber sie ist nicht abgeschlossen. Und das habe ich natürlich auch als Delegierter aus Baden-Württemberg zunächst mal zu respektieren und zur Kenntnis zu nehmen.

Und ich könnte mir durchaus vorstellen, dass wir hier zweigleisig vorgehen. Ich denke, der Beschluss, der jetzt hier auf dem Tisch liegt, ist ja schon mal richtig und wichtig. Er hat ja wichtige Inhalte, dass z.B. auch die Anlagen grundsätzlich neu beurteilt werden müssen. Der Herr Landtagspräsident hat auch den Spiegelstrich fünf nochmal etwas anders und schärfer formuliert.

Und ich könnte mir vorstellen und würde es auch gerne beantragen, dass wir sagen OK, wir verabschieden jetzt diese Resolution als erste Signalwirkung, als erste Meinungsäußerung von uns, beauftragen aber die zuständigen Ausschüsse, sich umgehend mit dieser Fortentwicklung der Atomenergie zu beschäftigen bzw. auseinanderzusetzen auf der Grundlage der aktuell gefassten Beschlüsse in Deutschland, in der Schweiz und der in Frankreich laufenden Diskussion.

Ich bin klarer Meinung schon davon überzeugt, dass die Überlegungen, die Entscheidungen, die Diskussionen in Deutschland, in der Schweiz mit Blick auf die gesamte Bevölkerung in unserem Zuständigkeitsbereich nur dann erfolgreich sein wird, wenn von allen drei Partnern auch die gleiche Atomenergiepolitik gefahren wird.

Herr RICHERT:

Wir müssen das alles jetzt ein wenig in Grenzen halten. Wir werden jetzt abstimmen, ansonsten niemand mehr hier noch durchblickt.

Ich möchte zwei Bemerkungen machen. Wir haben hier eine Arbeit vorliegen, die von den Kommissionen vorbereitet wurde und vom Präsidium zusammengefasst. Das wurde vorgeschlagen und durch drei, sehr klar vorgetragene Wortmeldungen ergänzt. Alles ist nun sehr klar. Ich kann es wiederholen, wenn Sie es wünschen. Es ist alles sehr klar.

Grundsätzlich gilt, dass wir die gleichen Anforderungen für alle Gebiete erheben und keinen Namen erwähnen, weil uns heute das Sachverständnis fehlt, —mir fehlt es, auf jeden Fall— um sagen zu können, was am gefährlichsten ist und was wir tun können. Wir haben eine Vorgehensweise, bei der wir uns alle, auf allen Seiten, gegenseitig respektieren, die gleiche für alle Gebiete. Das ist die eine Vorgehensweise.

Die zweite Vorgehensweise besteht darin, dass wir sagen, wir befinden uns in einer gewissen Situation und wir wissen nur zu gut, dass die ganze Welt von Fessenheim spricht. Es wurde in dieser Angelegenheit ein Antrag, der verschiedenen Argumente aufgreift, eingereicht. Darin wird gesagt, dass mit sofortiger Wirkung das Atomkraftwerk Fessenheim geschlossen werden muss, und erinnert an eine Reihe von Grundsätzen.

Es handelt sich dabei um zwei Anträge, die sich teilweise gegenseitig ausschließen, da sie auf anderen Grundsätzen beruhen. Aus diesem Grund können wir nicht den Antrag vom Präsidium nehmen und das AKW Fessenheim sowie den Antrag auf Stilllegung mit sofortiger Wirkung hinzufügen, denn es wäre grundsätzlich das Gegenteil von dem, was das Präsidium als Antrag erstellt hat. Wir befinden uns also vor zwei sich gegenseitig ausschließenden Stellungnahmen, zumindest was diesen Teil hier betrifft.

Sie können sich ergänzen, weil die Dinge sich in beiden wiederfinden und ggf. das ergänzen können, was um die Frage der alternativen Energiequellen und der Energiepolitik insgesamt, zu entwickeln ist. Das steht nämlich noch nicht darin

Uns im Präsidium schien es, trotz der Veränderungen der vergangenen Wochen, das es schwierig sein würde, gar keine Stellung zu beziehen. Wir haben ja gesehen, dass es Punkte gibt, die wir verbessern müssen, wo der Wille des Oberrheinrates mit mehr Transparenz an den Tag gelegt werden muss, wo mir schneller höhere Forderungen stellen müssen. Das Einreichen drei zusätzlicher Anträge auf Stellungnahme zeugen von diesem Bestreben, weiter zu gehen und mehr Ansprüche zu stellen.

Wir haben vor, im Anschluss an diese Abstimmung —das Ergebnis werden wir ja sehen— die Kommission damit zu beauftragen, dass sie die Angelegenheit wieder aufgreift, weil weitere Ereignisse folgen werden. Im Sinne der Besorgnis, die Herr BÄUERLE wieder zum Ausdruck gebracht hat, die allerdings schon von Willi STÄCHELE angesprochen wurde, werden wir Gelegenheit haben, diese Arbeit wieder aufzunehmen, je nach dem, was unsere drei Länder bzw. unsere verschiedenen Gebiete uns als Ergänzung bieten werden.

Persönlich ist es mir etwas peinlich, ganz ehrlich gesagt, dagegen zu sein, dass hier ein Kernkraftwerk beim Namen genannt wird, da es zufällig ein französisches Kernkraftwerk ist.

Ich kann Ihnen nur sagen, dass ich mich genauso verhalten würde, wenn es um ein anderes Kernkraftwerk wäre.

In meiner Tätigkeit von Anfang an hier im Oberrheinrat, den ich mitgegründet habe, waren wir noch nie in der Verfassung, uns mehr auf die eine, als auf die andere Seite zu konzentrieren. Wir haben immer im Geiste der Begründer des Oberrheinrates gehandelt. Wir haben niemals alles auf nur einen gesetzt.

Ich bin seit 30 Jahren in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit tätig. Ziel ist es, sich über die Grenzen hinweg zu verständigen, auch in schwierigen Zeiten, und sich nicht etwa den Spiegel hinhalten, sondern im Gegenteil aufgeschlossen zu bleiben für das was die anderen sagen, für die Verantwortung die man trägt, und keine Einzelbeispiele herausnimmt.

Das hat sich im Präsidium durchgesetzt, wahrscheinlich, weil da Leute sind, die bereits Erfahrung mit grenzüberschreitender Zusammenarbeit haben. Das will nicht heißen, dass es nicht weiter gehen soll. Aber sein Augenmerk heute auf ein Kernkraftwerk zu richten, scheint mir nicht... der Vorsitzende der Kommission sagte es und sogar besser als ich, das sei wie wenn man für zwei Anliegen plädiert. Es ist niemals eine gute Sache für zwei Anliegen zu plädieren.

Was Sie gesagt haben, scheint mir aber einen sehr hohen Symbolgehalt zu besitzen für das, was der Oberrheinrat leistet. Das soll nicht heißen, dass der Oberrheinrat nichts zu tun hat oder nichts tun kann. Es will lediglich heißen, dass wir uns bewusst machen müssen, dass wenn wir in unseren drei Ländern ähnliche Probleme haben, es keine Lösung ist, nur von einem zu sprechen, denn das ist nicht die Lösung bei einer grenzüberschreitenden Arbeitsweise. So kommt man nicht voran. Das ist meine Meinung dazu.

Ich habe mir die Meinungen der einen, sowie der anderen angehört. Bei manchen waren es endgültige Meinungen. Ich will nicht in die gleiche Richtung gehen. Ich versuche vorsichtiger zu sein. Aus diesem Grund könnte die Stimme der Vernunft gebieten, dass man sich für den Vorschlag des Präsidiums, so wie er abgeändert, ergänzt und verstärkt wurde, entscheidet. Das will nicht heißen, dass morgen nicht weiter an dieser Angelegenheit gearbeitet wird; im Gegenteil, da gleichzeitig zu dieser Entschließung, parallel zu diesem Entschluss eine Verpflichtung eingegangen wird.

Ich versuche nicht, alle zu dieser Auffassung zu gewinnen. Jeder hat das Recht seine Meinung deutlich zum Ausdruck zu bringen und ich respektiere das voll und ganz. In der Hinsicht gibt es keine Schwierigkeit. Gestatten Sie, dass andere ggf. eine andere Auffassung vertreten. Das gehört auch zur Demokratie. Was mich betrifft, werde ich diese Resolution in der Form vorschlagen, wie sie vom Präsidium verfasst und danach abgeändert wurde.

Ich werde auch den Resolutionsentwurf der Fraktion der Grünen zur Abstimmung geben, so wie er vorgeschlagen wurde, weil das völlig legitim ist so zu handeln.

Wenn Sie damit einverstanden sind, könnten wir jetzt zur Abstimmung schreiten. Ich denke nicht, dass die Meinungen sich jetzt noch viel ändern werden, da sie grundsätzlich dargelegt wurden. Ich denke, dass der Austausch, der stattgefunden hat, genügend Licht in die Diskussion gebracht hat, sodass wir in der Lage sein sollten, uns in voller Sachkenntnis äußern können, auch wenn dem Wunsch des Schweizer Mandatsträgers nicht ganz

entsprochen ist in Bezug auf volle Transparenz. Ich bestätige ihm, dass ich seine Wortmeldung von vorhin zur Kenntnis nehme.

Ich stelle jetzt die Resolution des Präsidiums zur Abstimmung, so wie sie vorgeschlagen wurde. Sie wurde in ihrer Einleitung von Frau Barbara SCHLEICHER-ROTHMUND abgeändert, um den Kontext zu verdeutlichen und von Daniel HOEFFEL, um die Forderung nach einer gemeinsamen, dringend durchzuführenden Neubewertung zu verstärken, denn wir haben die an uns geübte Kritik, wir hätten mehrere zusammenhangslose Bewertungen, wohl verstanden; Die Formulierung von Willi STÄCHELE, die er vom Vorschlag des Kollegen aufgegriffen hatte, betraf die Forderung, für alle Kernkraftwerke am Oberrhein nicht etwa den derzeit bestehenden Standard zu berücksichtigen, sondern diesen so hoch wie möglich zu stecken, wobei es Ländern, die über den europäischen Standard, der derzeit entwickelt wird, hinaus gehen wollen, nicht untersagt ist, so zu tun.

Ich stelle nun zunächst den Resolutionsentwurf des Präsidiums zur Abstimmung.

Frau BUCHMANN:

Erläuterung zur Abstimmung.

Wir vertreten die Ansicht, dass man zu sich zu Fessenheim deutlich ausdrücken muss. Es wurde ein Antrag gestellt und ein Abänderungsvorschlag wurde von Herrn PIX formuliert. Die Lage ist in der Schweiz, in Deutschland und in Frankreich völlig anders gelegen, auch was die Strategien hinsichtlich der Energiepolitik betrifft. Das wurde gesagt.

Will man sich mit einer klaren Stimme hier in diesem Gebiet äußern und soll eine entschlossene Meinung aus diesem Gremium hervorgehen, so denke ich, dass das Wort „Fessenheim“ genannt werden muss und zwar im Sinne dessen, was wir dazu gesagt haben. Wir müssen uns darüber äußern dürfen.

Aus diesem Grunde habe ich, in meiner Erläuterung zur Abstimmung...

Frau Buchmann wird unterbrochen.

Ich darf doch auch sagen, was ich meine. Wenn möglich. Vielen Dank

Ich mache den Vorschlag, dass wir zuerst über unseren Resolutionsentwurf abstimmen und dann über den des Präsidiums.

Herr HERSBERGER:

Ich habe schon bei meinem vorherigen Votum versucht, klarzulegen, dass zwischen einem Angriff auf Fessenheim und unserer Resolution, wie ich sie verstanden habe, als ich sie eingereicht habe, ein fundamentaler Unterschied besteht. Und der Präsident hat das nochmal bekräftigt und nimmt ja den Ball auf. Wir können zwar tatsächlich über diese beiden Themen diskutieren, aber wir können sie nicht verheiraten. Es gibt Dinge, die man nicht verheiraten kann.

Die Resolution geht vom Grundgedanken aus, dass wir eben nicht ein Einzelziel ins Auge fassen und dort einen Grabenkrieg beginnen, sondern, dass wir für die ganze Metropolregion Oberrhein diese Frage anschauen und zwar möglichst objektiv anschauen. Und wenn wir dann nach einheitlichen Kriterien beurteilt haben, dann kann es sein, dass wir zur

Überzeugung kommen, dass Fessenheim schnell geschlossen werden muss; wir können zur Überzeugung kommen, das Beznau schnell geschlossen werden muss und wir können zur Überzeugung gelangen dass Mühleberg schnell geschlossen werden muss. Ich weiß es nicht. Aber wir wollen das sachlich so angehen. Und das lässt sich tatsächlich mit diesem Pauschalangriff nicht verbinden, meiner Meinung nach.

Herr RICHERT:

Herr PIX, Sie haben klar zum Ausdruck gebracht, was Sie im Vorschlag, der sich aus den Beratungen des Präsidiums ergab und wie er vorgetragen wurde, von mir hinzugefügt haben möchten. Ich habe Sie gut verstanden. Ich tue es aber nicht aus den Gründen, die ich bereits erläutert habe. Laut Auffassung des Präsidiums wird kein Einzelfall hervorgehoben. Wir vertreten eine Gesamtbetrachtung bei der zum Ausdruck gebracht wird, dass wir für alle Kernkraftwerke das gleiche Maß an Anforderungen stellen.

Ich bitte Sie nun auf meinen Abstimmungsvorschlag hinsichtlich beider Resolutionen eingehen zu wollen. Ich trage ihnen zuerst den Entwurf des Präsidiums vor, denn das ist derjenige, der erarbeitet wurde. Im Anschluss daran werde ich den Entwurf, so wie er von Andrée BUCHMANN vorgetragen wurde, im Namen all derjenigen, die hinter diesem Vorschlag stehen, sodass jeder vollkommen in der Lage ist, über beide abzustimmen. Die Mehrheit wird entscheiden. Ich hoffe, das sich eine Mehrheit herausstellen wird.

Herr PIX:

Vielen Dank, Herr Präsident. Zum Abstimmungsverfahren. Wenn Sie mehrheitlich im Vorstand der Meinung sind, dass diese zwei Anträge nicht vernehmbar sind, dann muss ich das akzeptieren. Ich verstehe es auch von Ihrer Logik her.

Vergessen wurde bisher nur zu sagen, dass Deutschland einen Ausstieg beschlossen hat und auch umsetzt mit 50% seiner Kernkraftwerke bereits jetzt; dass die Schweiz das auch beschlossen hat. Nur, in der Schweiz geht es naturgemäß etwas länger. Das liegt aber an der Natur der Schweizer; aber dass Frankreich genau das Gegenteil macht, nämlich Fessenheim aufzurüsten durch die 10-Jahres-Revision, 60 Millionen Euro hereinzustecken, den zweiten Block aufzurüsten mit 200 Millionen und zwar nicht nur auf 10 Jahre, sondern auf 20 Jahre oder auf 30. Deswegen ist Fessenheim hier genau in Ihrer Aufzählung aller acht Kernkraftwerke eine Singularität! Und deswegen verlange ich jetzt, dass Sie, Herr Präsident, unseren Antrag zuerst abstimmen, weil es der weitest gehende Antrag ist und überhaupt keine Chance hat, nachher überhaupt bestehen zu können, wenn Sie ihren Antrag zuerst abstimmen lassen. Vielen Dank.

Herr RICHERT:

Sie können doch nicht mit solcher Sicherheit von Ihrer Seite aus sagen, was richtig ist und was nicht richtig ist.

Ich bin hier beauftragt worden, eine Stellungnahme vom Vorstand zu geben. Diese Position habe ich vorgetragen. Die ist einstimmig beschlossen worden und die trage ich vor. Gleichzeitig ist mir ein zweiter Vorschlag gemacht worden. Den trage ich genauso vor, damit das Gremium hier die Möglichkeit hat, sich zu diesen zwei Vorschlägen zu äußern. Und das bewirkt ja kein Problem.

Ich sage es jetzt nochmal: Wir sind in einer Lage, wo es im Moment leider keine Möglichkeit gibt – wie es von Ihnen und von anderen ausgedrückt wurde – diese beiden zu verschwistern.

Es geht leider nicht, wie es geschrieben ist. Es sind zwei verschiedene Philosophien. Also geht es nicht.

Deswegen gibt es zwei Abstimmungen. Eine Abstimmung über das, was vom Vorstand auf der Basis von den zwei Kommissionen ausgearbeitet wurde. Ich habe auch hinzugefügt, dass diese zwei Kommissionen dieses Thema in der kommenden Zeit wieder zu bearbeiten haben; und auf der anderen Seite haben wir einen frischen Vorschlag; und dieser Vorschlag wird auch dem Gremium übergeben. Und das Gremium kann sich darüber äußern. Das ist ganz einfach und ich glaube, das ist sogar Demokratie.

So, jetzt mache ich das Gegenteil. Ich möchte jetzt die Resolution, so wie sie vom Präsidium vorgeschlagen wurde, mit den drei Abänderungen zur Abstimmung stellen. Wie bereits erwähnt, wird die zuständige Kommission an dieser Resolution zu einem späteren Zeitpunkt weiterarbeiten können.

Wer ist dafür? Stimmen dafür: Dreißig.
Gegen diese Resolution vom Vorstand? Wer ist dagegen? Elf Stimmen dagegen. Danke.
Wer enthält sich? Eine. Danke.

Ich stelle nun die Resolution, die von Andrée BUCHMANN vorgestellt wurde, zur Abstimmung. Es handelt sich um den Beschluss der Grünen und der Sozialisten, sowie all derer, die sich dem anschließen möchten.

Wer ist dafür? Zwölf Stimmen dafür.
Gegenstimmen? Fünfundzwanzig dagegen.
Enthaltungen? Sechs Enthaltungen.

Danke. Die vom Vorstand vorgeschlagene Resolution ist also angenommen.

Die vom Präsidium vorgeschlagene Resolution ist somit angenommen. Wir werden also, wie angekündigt, an diesem Anliegen weiterarbeiten.

Das Wort hat Charles BUTTNER.

Herr BUTTNER:

Ich würde jetzt recht gern etwas sagen, jetzt nach der Abstimmung, da es vorher als eine Aufforderung zugunsten der einen oder anderen Auffassung hätte verstanden werden können.

Ich möchte nämlich nur zur Kenntnis bringen, dass die Oberrheinkonferenz, anlässlich Ihrer Sitzung am vergangenen 27. Mai, also vor etwa zehn Tagen, beschlossen hat, eine Arbeitsgruppe einzurichten, die berufen ist, eine Gruppe von Sachverständigen aus unseren drei Ländern zusammenzuführen. Wenn der Oberrheinrat in der Lage gewesen wäre, diese Vorgehensweise politisch zu unterstützen, wäre das eine weitere Bestärkung gewesen.

Ich danke allen Kollegen, die sich hier mehrheitlich geäußert haben. Ich wäre nicht glücklich damit gewesen, mich am Opfer eines —ich will nicht sagen Unschuldigen, aber eines— kaum Schuldigen zu beteiligen. Als Exempel.

Die mutigen Stellungnahmen, die abgegeben wurden, wären für viele schwer erträglich gewesen, dass es besser war, so etwas zu vermeiden. Die Arbeit soll nichtsdestoweniger

fortgesetzt werden und möge der Oberrheinrat sich dieser Arbeitsgruppe, die auf der Ebene des Oberrheingebiets eingerichtet wird, annähern. Dadurch könnte in der Tat die Vorgehensweise über Sachverständige mit strengsten und auch deutsche Kriterien unterstützt werden und die Prüfung von Kern Kraftwerken ein Mittel werden, um Fortschritte zu erzielen.

Herr RICHERT:

Danke, Charles BUTTNER.

Meine lieben Kollegen, es bleiben uns jetzt noch mehrere Punkte der Tagesordnung übrig, die wir eventuell verschieben könnten, wenn Sie damit einverstanden sind. Wir würden Ihnen dann, entsprechendes, interessantes Informationsmaterial, soweit erforderlich, als ergänzende Unterlagen zukommen lassen.

Wir hätten da nämlich noch Punkt 5, einen Informationspunkt über INTERREG IV. Den hatten wir vorgesehen, aber es ist bereits 14.45 Uhr und wir sollten die Sitzung zu einer noch einigermaßen vernünftigen Zeit abschließen. Vielleicht ist es sinnvoll, wenn wir Ihnen alle Unterlagen schicken und dafür jetzt keine Diskussion zu diesem Thema beginnen. Es müssen natürlich diejenigen, die für eine Präsentation vorgesehen waren, sich mit einer Vertagung einverstanden erklären.

Dann hätten wir noch Punkt 6, als Information über die Metropolregion. Es wurden Unterlagen dazu vorbereitet und wir könnten auch diesen Punkt vertagen, wenn Sie damit einverstanden sind. Das Gleiche würde für den Punkt 7 gelten.

Wir müssten uns auch noch über Kalendertermine abstimmen. Sind Sie damit einverstanden, dass wir diese drei Punkte der Tagesordnung verschieben? Keine Einwände? Danke. Diese Punkte werden also verlegt.

8. Verschiedenes

Herr RICHERT:

Wir kommen nun zu Punkt 8, zu einer Reihe von Ernennungen. Wir müssen einen Nachfolger für Herrn FLEISCHER als Vorsitzenden der Kommission Verkehr und Raumordnung bestimmen. Wir haben das schon im Präsidium zur Kenntnis genommen. Ich schlage vor, dass Herr STÄCHELE uns deshalb lediglich die Ernennung seines Nachfolgers bestätigt.

Herr STÄCHELE:

Wir schlagen vor, den Herrn Landrat BÄUERLE in diese Funktion zu berufen, die der Kollege FLEISCHER wahrgenommen hat.

Herr RICHERT:

Es wird uns eine Freude sein, wenn er seine Tätigkeit in dieser Funktion innerhalb dieser sehr wichtigen Kommission ausübt.

Nun kommt ein wichtiger Augenblick und ich freue mich jetzt etwas Zeit dafür widmen zu können, um drei bedeutsame Mitglieder des Oberrheinrates, die hohe Verantwortungen getragen haben, zu danken. Sie sind für das Gelingen unserer Arbeiten in den vergangenen

Jahren wahre Erfolgsfaktoren gewesen. Einige sind sogar schon seit langen Jahren bei uns dabei.

Ich möchte die Herren STRAUB, FLEISCHER und HOLINGER nennen.

Herr STRAUB ist gleichzeitig Präsident des Landtages Baden-Württemberg gewesen. Er ist besonders aktiv gewesen und hat sich sehr für die Bestrebungen im Sinne einer Zusammenführung hier am Oberrhein eingesetzt.

Ich möchte auch Gundolf FLEISCHER, als Abgeordneter im Landtag und ehemaliger Staatssekretär nennen. Wir haben ihn vorhin gehört, wie er über die Kommission, die er moderiert hatte, einen Bericht erstattete, insbesondere über grenzüberschreitende Raumordnung und von der Arbeit auf Ausschussebene besonders überzeugt.

Man darf ruhig sagen, dass es sich um wahre Pfeiler handelt, die unserem Gremium viel Halt geboten haben.

Dann möchte ich auch die ganz hervorragende Arbeit von Herrn HOLINGER, dem Abgeordneten von Basel-Land begrüßen. Herr HOLINGER ist auch Vorsitzender des Landrats gewesen, nämlich von Basel-Land von 2008 bis 2009. Er ist vor bereits 10 Jahren zum Oberrheinrat, erst als Vize-Präsident des Oberrheinrates, dann als Vorsitzender der Kommission Wirtschaft und Arbeitsmarkt, hinzugekommen. Er hat es immer gewusst, trotz mancher Widrigkeiten, sein Engagement aufrechtzuerhalten. Wir wissen, dass er sich sehr eingesetzt hat und sind froh, dass er so mit so weil Effizienz weiter arbeitet kann.

Ich bitte nun die Betreffenden hier in die Mitte treten zu wollen, damit ich Ihnen jetzt, im Namen des Oberrheinrates und der Ältesten,- bzw. derer, die uns vorausgingen und derjenigen, die jetzt im Oberrheinrat tagen,— ein Geschenk übergeben darf. Es soll einfach eine Geste für sie sein, als Anerkennung für ihre jahrelange Arbeit. Wir danken ihnen für ihre Treue Beteiligung und dafür, dass sie ihre Arbeit mit so viel Überzeugung erfüllt haben.

Applaus.

Ich möchte Sie jetzt schon zu unserer nächsten Plenarsitzung, die am 21. November um 10 Uhr stattfinden soll, einladen. Bitte, notieren Sie sich diesen Termin. Davor werden natürlich Sitzungen der Kommissionen stattfinden. Das sind wichtige Sitzungen.

Und nun lade ich Sie alle zum Buffet ein, das im Foyer der Mandatsträger stattfindet. Gleich wenn Sie aus dem Saal kommen. Rechts herum und dann treffen sie sich alle im Foyer der Mandatsträger.

Danke für Ihre Beteiligung. Danke für Ihre Begeisterung und danke auch für das Verständnis, das sie für die manchmal stark voneinander abweichenden Standpunkte aufgebracht haben; es sind nun mal wichtige Themen.

Ich wünsche Ihnen noch einen angenehmen Nachmittag und bis bald!

Die Sitzung wird um 13.55 Uhr beendet.